Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

293 (15.12.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-455855

Visual Library

56. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 450.00 Mark, dazu bei Zustellung ins Haus 35.00 Mark Bringerlohn, bei Abholen von unserer Expedition 450.00 Mark, durch die Post bezogen monatlich 450.00 Mark zu. zuzüglich Bestellgeld.

Republik

Preis 25 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 16.00 Mk. berechnet, für Anzeigen auswärtiger Inserenten 20.00 Mk., für Anzeigen im Reklameteil sind für die Millimeterzeile • 80.00 Mark zu entrichten. •

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Wilhelmshaven-Rüstringen, Freitag, 15. Dezember 1922 • Nr. 293 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Zur Wohnungsfrage.

Das Reichskabinett hat vor wenigen Tagen ein neues Wohnabgabe-Gesetz verabschiedet. Die bürgerliche Presse nimmt diese Verabschiedung zum Anlaß eines Sturmlaufs gegen die ganze Wohnungswirtschaft. Wir werden deshalb in mehreren Artikeln zu dem Problem von unserem Standpunkt aus Stellung nehmen. Die Red.

Von allen am Weltkrieg beteiligten Staaten ist keiner so von der Wohnungsnot bedrückt wie Deutschland. Selbst in Frankreich, wo weite Gebiete zerstört wurden, steht nicht das ganze Volk so unter dem Druck der Wohnungsnot wie in Deutschland. In keinem anderen Lande waren vor dem Krieg die Wohnungen so dicht bevölkert wie bei uns. Unser Wohnungsbau hat nicht mit der Bevölkerungsvermehrung Schritt gehalten. Der Mietskasernenbau hat eine Raumausnützung gebracht, bei der es nur schwer möglich ist, in Zeiten der Not die Leute noch etwas dichter zusammenzudrängen als vorher. Die militärische Dienstpflicht, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Angestellten verhinderten weite Kreise am frühzeitigen Heiraten, und als nach dem Krieg die Schranken fielen, setzte eine wahre Heiratsmanie ein, so daß wir jetzt eine viel größere Zahl von Haushaltungen haben, als vor dem Kriege.

Während des Krieges wurden fast gar keine Wohnungen gebaut, und seit dem Kriegsende konnten wir nicht einmal so viel Wohnungen bauen als der normale Bevölkerungszuwachs verlangte. Die Wohnungsnot ist deshalb nicht gelindert worden, sondern hat sich trotz Wohnungsrationierung immer mehr verschärft. Der Geldmangel und der Baustoffmangel haben den Wohnungsbau in gleicher Weise gehemmt. Baukrisen und Wohnungskrisen hatten wir auch schon vor dem Kriege; sie sind eine typische Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Waren früher irgendwo zu viel Wohnungen, so sanken vielleicht die Mietpreise, vor allem aber stiegen die Ansprüche der Mieter in bezug auf Instandhaltung und Ausstattung der Wohnung. Dann stellten die Unternehmer das Bauen so lange ein, bis es sich wieder rentierte. Nahm eine Stadt einen starken Aufschwung, so stiegen die Bodenpreise und die Mieten. Die Mieten stiegen aber nicht nur für die neuen Wohnungen, sondern auch für alle schon bestehenden Wohnungen. Die Hausbesitzer machten dann einen sogenannten Spekulationsgewinn. Die in allen kapitalistischen Ländern erhärtete und vielfach erwiesene Tatsache, daß vom Privatkapital neue Wohnungen nur dann erstellt werden, wenn für die schon bestehenden Häuser die Mieten so hoch sind, daß auch die Neubauten sich rentieren, müssen wir in den bevorstehenden Kämpfen um die Lösung der Wohnungsfrage immer vor Augen haben. Das hat sich auch nach dem Kriege gezeigt. In allen Ländern waren die Baukosten gestiegen, und überall mußten die Staaten mit großen Geldmitteln eingreifen, um den Wohnungsbau zu fördern.

Auch in Deutschland stellte die provisorische Regierung gleich nach Kriegsende 500 Millionen für die Erstellung neuer Wohnungen zur Verfügung, weil bei dem Stand der Mieten das Bauen für private Unternehmer unrentabel war und auch die Baugenossenschaften nicht in der Lage waren, die Geldmittel aufzubringen. Damals hoffte man noch, daß sich der Geldwert bald festigen und sich alles von selbst wieder regeln würde.

Es wurden Gesetze zum Schutze der Mieter erlassen. Die Mieten durften nicht ohne Zustimmung der Miet-Einigungsämter erhöht werden. Das Verfügungsrecht über die Wohnungen wurde den Eigentümern in weitem Maße entzogen. Erst gegen Ende des Jahres 1921 setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Wohnungsnot keine rasch vorübergehende Erscheinung sei. Dann erst ging man daran, die Wohnungsgesetzgebung auf die neue Zeit einzustellen. In allen Kreisen, deren Blick nicht durch Hausbesitzerinteressen getrübt ist, hat man eingesehen, daß der Wohnungsmarkt nicht freigegeben werden kann. Wenn weltwirtschaftliche Gründe in letzter Linie bestimmend waren für die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und andere Gebrauchsgegenstände, so müßten volks- und weltwirtschaftliche Gründe die verantwortlichen Stellen bestimmen, für die Wohnungen an der Zwangswirtschaft, oder besser gesagt, an der Gemeinwirtschaft festzuhalten.

Nahrung und Kleidung müssen immer neugeschaffen werden. Es kommt für ihre Beschaffung nur der jeweilige Geldwert in Frage, weil die darauf verwendete Arbeit und die Rohstoffe auch mit dem jeweiligen Geldwert bezahlt werden müssen.

Die meisten Wohnungen stammen aber aus der Vorkriegszeit. Sie sind mit anderem Gelde bezahlt, mit Summen, die rein zahlenmäßig gegenüber den heute erforderlichen Summen lächerlich gering erscheinen. Ausgehend von den Friedensbaukosten hat nun das Reichsmietengesetz bestimmt, daß die Hausbesitzer vom Mieter nicht mehr verlangen dürfen, als was zur Verzinsung des Friedenskapitals notwendig ist; des weiteren die Mittel zur Instandhaltung des Hauses und den Aufwand für Steuern, Versicherungen, eigene Arbeitsleistung usw. Durch ein Gesetz vom Juli 1921 wurde dann noch die Wohnabgabe eingeführt. D. h., jeder Benützer — ob Eigentümer oder Mieter — hat eine dem Wert seiner Wohnung entsprechende Abgabe zu bezahlen, die von Staat und Gemeinde für die Erbauung neuer Wohnungen verwendet wird. Das Reichsmietengesetz und das Gesetz über die Wohnabgabe wollen den sozialen Gedanken verwirklichen, daß die bestehenden Wohnungen dem Hausbesitzer nicht zu dem Zweck überlassen werden, um seinen Mietern eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Miete abzunehmen und sich auf diesem Wege eine hohe Rente und einen hohen Verkaufswert seines Hauses zu verschaffen, während er seine Hypothekengläubiger mit Papiermark abfindet. Der Hausbesitzer soll der Verwalter des Hauses sein und das erhalten, was er gerechterweise für seine Aufwendungen und Arbeit beanspruchen kann. Diejenigen Inhaber von Wohnungen, die in Häusern aus der Vorkriegszeit sitzen, sollen aber durch eine dem Geldwert entsprechende Wohnabgabe dazu beitragen, daß all unsern wohnungslosen Volksgenossen auch eine Wohnung beschafft werden kann. Die bisherige Wohnabgabe reicht nicht mehr aus.

Die Regierung hat kürzlich einer Vorlage des Reichsarbeitsministers zugestimmt, in welcher eine Wohnabgabe im 15fachen Betrag der Friedensmiete verlangt wird. Dieser Satz ist, gemessen an den heutigen Baukosten, noch zu niedrig. Er müßte etwa doppelt so hoch sein. Der Kreis von Personen, die mit den Grund- und Hausbesitzern ein Interesse daran haben, daß die Gemeinschaft für die Wohnungen beseitigt wird, setzt gegenwärtig alle Hebel gegen die Wohnabgabe in Bewegung. Sie wissen, daß, wenn die Wohnabgabe fällt, dann bald die von ihnen sehnlichst gewünschte Freiheit auf dem Wohnungsmarkte kommen wird. Dann käme für sie eine Zeit der riesigen Mietssteigerungen und der noch größeren Spekulationsgewinne. Die Mieter, die jetzt in kurzsichtiger Weise die Hausagrarier in ihrem Kampfe gegen die Wohnabgabe unterstützen, würden in kurzer Zeit viel mehr bezahlen, als die höchste Wohnabgabe je ausmacht. Nur würde das Geld in die Taschen der Hausbesitzer fließen, statt für Neubauten Verwendung zu finden. Die Hausagrarier gehen sehr schlau zu Werke, und es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten über diese Bestrebungen und über das, was notwendig ist, eingehend aufgeklärt werden.

An unsere Leser!

Wieder in ernster Stunde sehen sich die Zeitungen genötigt, ihre Bezieher auf eine Erhöhung des Bezugspreises vorzubereiten. Einer besonderen Rechtfertigung hierfür sollte es eigentlich kaum bedürfen. Ist es doch bereits bekannt, daß der Preis für ein Kilogramm Papier für die erste Dezemberhälfte bereits auf 445 Mark, d. h. das 2200fache des Friedenspreises, gestiegen ist und bis Januar zweifellos noch weiter erheblich steigen wird. Bekannt ist auch, welche Entwicklung die Preise für alle sonstigen Materialien des Zeitungsgewerbes genommen, welche Höhe die Löhne und Gehälter zwangsläufig erreicht haben. Die Lage der Zeitungsverleger ist damit bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Alle Regierungsmaßnahmen zur Steuerung der Not der Presse müssen angesichts unserer wirtschaftlichen Gesamtlage ein kümmerlicher Notbehelf bleiben.

In solcher Situation muß die Zeitung mehr denn je auf die Treue ihrer Leser rechnen, muß sich besonders das sozialdemokratische Organ auf die Helfer- und Werbearbeit der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten verlassen können. Eingedenk des alten Grundsatzes „Treue um Treue". Ist doch gerade heute die politische und wirtschaftliche Lage derart, daß die Existenz einer unerschrockenen und unabhängigen Presse mehr denn je vonnöten ist!

Die Briefträger beginnen in diesen Tagen wegen der Erneuerung des Bezuges für den Januar nachzufragen. Wir erwarten, daß niemand seiner Zeitung untreu wird, der die gesteigerten Preise mit seiner wirtschaftlichen Lage irgendwie vereinbaren kann.

Wer seine Zeitung im Stich läßt, der verleugnet sich selbst und verurteilt sich in der Oeffentlichkeit zum Schweigen. Wenn die Leserschaft die Geldentwertung überall, nur nicht für die geistige Nahrung, gelten lassen will, so rächt sich das ganz gewiß an ihr selbst. Die Zeitung ist bei dem Tempo des politischen und wirtschaftlichen Lebens für jedermann mehr denn je unentbehrlich.

Unser Blatt hat angesichts der Sachlage sich genötigt gesehen, den Preis für den Januarbezug durch die Post auf 1200 Mark festzusetzen. Eine Summe, die weit zurücksteht hinter dem Satz, den bereits ein sehr großer Teil der übrigen Zeitungen in der näheren und weiteren Umgebung fordert.

Auch Clemenceau ist bekehrt.

Aus Neuyork wird gemeldet: Clemenceau hat Amerika verlassen, um sich nach Frankreich zurückzubegeben. Er hat von der Lage in Europa gesprochen und etwas ironisch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß vor seiner Rückkehr nach Europa kein neuer Krieg ausgebrochen sein möge. Er machte sich über gewisse Persönlichkeiten in Frankreich Sorge, die in unerwünschter Weise handeln könnten. Er gab weiterhin der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich und England sich über eine vernünftige Summe einigen, die Deutschland zahlen könne. Es wäre für Frankreich das ungünstigste, was es gäbe, noch weiteres deutsches Gebiet zu annektieren und auf diese Weise innerhalb seiner Grenzen aufständische Volksteile zu haben. Clemenceau äußerte auch Furcht vor dem Ruhrgebiet und sei nicht so verrückt, eine Wiederholung der Ereignisse von Elsaß-Lothringen herbeizusehnen. Er äußerte wörtlich: „Ich bin gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Vielleicht gab es einen Augenblick, in dem eine Politik der Macht ein nützliches Ergebnis hätte zeitigen können, aber diese Politik hat nach und nach ihre Wirksamkeit verloren, nachdem man Deutschland Konzessionen gemacht hat."

Wenn Herr Clemenceau in dem vorstehenden Sinne gesprochen hat, so dürfte das zweierlei Gründe haben. Einmal mag wirklich eine Portion Einsicht über das Sinnliche einer Ruhrgebietsbesetzung obwalten, zum andern hält es der „Tiger" von einstmals notwendig, eben der „gewissen Persönlichkeit" (Poincaré) einen kleinen Nasenstüber zu verpassen und sich selbst ein wenig in empfehlende Erinnerung zu bringen. Immerhin scheint man unter den Franzosen zu erkennen, daß es angebracht ist, wenn man in diesen Dingen zurzeit ein wenig bremst.

Die Industrie dementiert Stinnes.

Vorgestern ist der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Sorge, beim Reichskanzler Dr. Cuno erschienen, um ihm zu erklären, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht hinter der bekannten Auslassung in der „Allg. Ztg." stehe, sondern gewillt sei, im Rahmen der im Briefe des Reichskanzlers an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law gemachten Vorschläge der Reichsregierung positiv mitzuarbeiten. — Die TU. berichtet weiter, daß innerhalb der Deutschen Volkspartei über die Auslassungen des erwähnten Blattes starkes Befremden herrscht. In deutschvolksparteilichen Kreisen werde wie schon oft, auch diesmal aufs entschiedenste betont, daß die „Deutsche Allg. Ztg." nicht als ein Organ der Deutschen Volkspartei zu betrachten ist.

Die Bereitwilligkeit der Industrie wird merkwürdigerweise erst erklärt, nachdem der Vorschlag Cuno in London bereits abgelehnt und einstweilen begraben war!

43 Milliarden für Ausgleichungen.

Der Artikel 296 des Versailler Vertrages bestimmt, daß die Abwicklung der privaten Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit zwischen Deutschen und Angehörigen der alliierten Staaten durch Vermittlung von staatlichen Ausgleichsämtern vorgenommen werden wird. Es ist verboten, diese Verbindlichkeiten durch unmittelbares Benehmen zwischen Gläubiger und Schuldner abzuwickeln. Jeder alliierten Macht war es freigestellt, an diesem Ausgleichsverfahren teilzunehmen. England, Frankreich, Italien, Griechenland, Haiti und Siam haben sich dem Ausgleichsverfahren angeschlossen. In der Zeit von Mitte August 1920 bis Mitte November 1922 haben erhalten England 23 479 427 Pfund, Frankreich 374 287 658 Francs, Elsaß-Lothringen 250 311 225 Francs, Belgien 133 928 802 Francs, Griechenland 479 142 Drachmen und Siam 19 715 Pfund. Diese Summen entsprechen einem deutschen Gegenwert von 615 503 715 Goldmark. Zur Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel hat das deutsche Ausgleichsamt insgesamt rund 43 Milliarden Papiermark aufwenden müssen.

Eröffnung der Voruntersuchung gegen Ehrhardt.

Aus Leipzig wird gemeldet: Wie wir hören, ist die Voruntersuchung gegen den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt wegen seiner Mittäterschaft am Kapp-Putsch eröffnet. Der Untersuchungsrichter ist Reichsgerichtsrat Dr. Metz. Die Verteidigung übernahm Rechtsanwalt Dr. Lutzebrunge (Göttingen).

Politische Rundschau.

Politische Einsicht und Opfermut. Ein schönes Beispiel von der Treue zur Partei haben soeben unsere Parteifreunde in Wiesbaden gegeben. Nachdem der Bezirksvorstand der SSPD. für Hessen-Nassau die Beiträge von 10 Mark auf 20 Mark erhöht hatte, haben die Genossen in Wiesbaden den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Beitrag für Dezember für weibliche Mitglieder auf 20 Mark und den der männlichen Mitglieder auf 40 Mark pro Woche festzusetzen.

Tagesbericht der Berliner Spitzbuben.

Aus dem Garten des Reichswehrministeriums in Berlin wurden in der Nacht zum Montag mehrere Büsten gestohlen, und zwar eine Büste Kaiser Wilhelm I. in Bronze, die Doppelbüste Moltkes und Roons in Bronze, die Büste Friedrich Wilhelm III. in Zinkguß und die Doppelbüste von Scharnhorst und Blücher in Zinkguß.

Aus Berlin wird noch gemeldet: Am Dienstag wurden einem Ingenieur, der, von Leipzig kommend, hier in einem Hotel abstieg, aus seinem Gepäck ausländische Devisen, deutsches Geld, Juwelen und Toilettengegenstände im Gesamtwerte von 25 Millionen Mark gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 5 Millionen Mark ausgesetzt.

Landesbibliothek Oldenburg

Wichtige Steuerdebatte im Reichstag.

Sozialdemokratische Anträge. — Die Drückebergerei der Besitzenden. — Der Betrug der Selbstveranlager. Umsatzsteuerpraktiken. — Die Haltung der Bürgerlichen.

Der Reichstag behandelte gestern die zweite Lesung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Abg. Herz (Soz.) erstattet den Bericht des Steuerausschusses, über dessen Beschlüsse wir bereits eingehend berichtet haben. Nach den amtlichen Angaben entfielen in der Zeit von April bis Juli d. J. an einem Steuerertrag von 25½ Milliarden 13,3 Milliarden auf die Lohnsteuer. Im Oktober kamen auf 21,8 Milliarden Steuereingänge 15,7 Milliarden auf die Lohnsteuer. — Ein Antrag der Sozialdemokratie will für 1923 einen höheren Tarif für die höheren und höchsten Einkommen, während die Grenze, bis zu der nur 19 Prozent erhoben werden, bei einer Million bleibt. Ferner soll bestimmt werden, daß 1923 die vierteljährlichen Vorauszahlungen dem Goldzollaufschlage, wie er am 15. Februar 1923 festgesetzt ist, anzupassen sind. Die von der Lohnsteuer zu machenden Abzüge sollen von 200 auf 400 Mark monatlich erhöht werden, die Werbungskosten von 1000 auf 1350 Mark pro Monat. Im Januar und Februar 1923 sollen als Ausgleich für die letzten Monate 1922 die Abzüge betragen je 700 Mark für Mann und Ehefrau, je 500 Mark für unmündige Kinder und 2100 Mark für Werbungskosten. Endlich sollen auch im Tarif für 1922 die höheren und höchsten Einkommen stärker belastet werden.

Ein Kompromißantrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will für das Jahr 1922 die 10-Prozent-Grenze auf 400 000 Mark erhöhen, die übrigen Prozentsätze sollen bleiben, aber die Stufen der Einkommensätze anders bemessen werden. (200 000 Mk., 400 000 Mark, 600 000 Mk., 1 000 000 Mk., 1 500 000 Mk. und 2 000 000 Mark.)

Abg. Helfferich (Dtn.) erklärt unter lebhaften Zwischenrufen der Linken, die Steuerpolitik laufe lediglich auf eine Kapitalsgetrümmerung hinaus. Die Vorlage sei eine mangelhafte Anpassung an die Geldentwertung.

Abg. Rahmann (Soz.): Der rasende Sturz der Mark hat eine zunehmende Verelendung wertvollster Schichten des Volkes herbeigeführt. Diese vor weiterer Verelendung zu schützen ist unsere Aufgabe. Das erhellt auch ganz deutlich aus dem Initiativgesetzentwurf, den wir im Oktober zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht haben. Wir hätten gewünscht, daß dieser Entwurf noch mit dem 1. November Gesetzeskraft erlangt hätte, zumal aus berechtigten Gründen von Lohn- und Gehaltsempfängern in weitgehendem Maße Empörung darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine so unerhörte Steuerbelastung für sie vorhanden ist. Die Empörung ist aber auch um deswillen so groß, weil zahlreiche Selbstveranlager den lieben Gott einen frommen Mann sein lassen und die Finanzämter als eine Einrichtung ansehen, die für sie absolut keine Bedeutung hat. (Sehr richtig! links.) Es sind Fälle bekannt, daß von Diseneinkommen aus dem Jahre 1920 sehr erhebliche Zahlungen noch jetzt im Rückstande sind, für 1921 und 1922 dürfte das Bild noch viel trüber sein. Erst gestern wurde mir bekannt, daß ein Großindustrieller den Antrag stellen wollte, ihm auf seine Steuerzahlungen für 1921 und die Vorauszahlung für 1922 einen Steuerzuschuß zu gewähren. Seine Steuerschuld soll insgesamt rund 1½ Dutzend Millionen betragen. (Hört, hört! links.) Diese Schuld aus dem Jahre 1921 bedeutet, wenn sie heute bezahlt wird, nur umgefähr den hundertsten Teil dessen, was sie ihr im Jahre 1921 hätte bezahlt werden können. Häufig zahlen die Selbstveranlager aus reinem Egoismus keinen Pfennig. Während die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger immer mit dem augenblicklichen Wertmaß der Mark zahlt, sind die Selbstveranlager in der Lage, im nächsten Jahre mit der 2000- oder 3000fach entwerteten Mark ihre Steuern zu zahlen. Es läuft geradezu auf offenen Betrug hinaus, wenn die Arbeitgeber die eingehaltenen Steuersätze vielfach erst nach einem Vierteljahr an die Finanzämter abführen. Die Finanzämter müssen darauf sehen, daß die von den Löhnen und Gehältern abgezogenen Steuern auf dem schnellsten Wege abgeführt werden und nicht als Betriebskapital in falschen Händen bleiben. Auf dem Gebiete der Umsatzsteuer-Einzahlung dürften die Verhältnisse nicht besser liegen.

Wenn nicht der feste Wille zur Tat vorhanden ist, ernsthaft Abhilfe zu schaffen, dann ist zu befürchten, daß eines schönen Tages die ganze Lohnsteuer in die Binsen geht, denn die arbeitenden Massen wollen im demokratischen Lande nicht länger die Steuerpackesel für die anderen abgeben. Bis jetzt haben sie mit bewundernswerter Ruhe alle Lasten geschleppt, aber mit innerem Groll haben sie sehen müssen, daß alle die letzten Finanzreformen Entlastungen nur für die Besitzenden und neue Lasten nur für die Besitzlosen gebracht haben. (Lebhaftes: Sehr wahr! links.) Meine Fraktion glaubt, bei dem Einkommensteuergesetz aus inneren und äußeren Gründen ein Entgegenkommen über unseren Vorschlag hinaus ablehnen zu müssen. Sie (nach rechts) benutzen die jetzige Gelegenheit, wo das Gesetz im Interesse derer, die weit mehr als ihre Schuldigkeit getan haben, geändert werden muß, um es auch für diejenigen zu erleichtern, die wirklich sehr weit hinter ihrer Pflichterfüllung zurückgeblieben sind. Haben Sie nicht die Empfindung, daß neben den Arbeitern auch das Ausland unsere Steuerergebnisse beobachtet und daraus die bitteren Schlußfolgerungen für uns zieht? Sind Sie nicht mit uns der Ansicht, daß Sie die Volksmassen durch eine solche Gesetzesmacherei mit Macht zur Staatsfeindlichkeit erziehen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Jeder Blick in die Steuereingänge zeigt, daß die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger heute die Träger der Reichsfinanzen sind. Demnächst wird es so weit gekommen sein, daß 90 Prozent der Steuern von den Lohn- und Gehaltsempfängern und nur 10 Prozent von den Selbstveranlagern gezahlt werden. Ohne die arbeitenden Massen und deren Steuerleistung wären die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden schon längst zusammengebrochen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Vertreter der Länder und Gemeinden haben uns vor einigen Tagen angesichts ihrer Not durch Aenderung des Landessteuergesetzes abzuhelfen. Die Steuerzuweisungen sollen erhöht und die Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. heraufgesetzt werden. Die Gemeinden wollen sogar eine Erhöhung auf 3 Proz. In diesem Augenblick, wo mit dem gefährlichen Gedanken gespielt wird, die Umsatzsteuer zu erhöhen, finden die bürgerlichen Parteien ausgerechnet den Mut, an den Abbau der Einkommensteuer heranzugehen. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen diese Absicht ausgesprochen. Es war verwunderlich, daß die Regierung bei Vertretung ihrer Wünsche und Forderungen kaum jemals so verlassen gewesen ist, wie bei dieser Beratung, denn die Regierungsparteien standen obseits und nur die Sozialdemokraten standen aus angeborener Freundschaft zur Regierung. (Heiterkeit.) Wenn die Anträge der bürgerlichen Parteien angenommen werden, würden die Steuerersparnisse bei einer Million Einkommen 170 000 Mark, bei 2 Millionen 305 000 Mark, bei 3 Millionen 370 000 Mark, bei 5 Millionen 870 000 Mark und bei 10 Millionen gar 1 045 000 Mark betragen. Wir sehen und veranlaßt zu beantragen: 1. die Erhöhung der Werbungskosten auf 162 000 Mark pro Jahr, 2. die Verdoppelung der Abzüge für Ehemann und Ehefrau gegenüber den jetzigen Beschlüssen, 3. die Einführung einer Klausel über die Zahlungen der Steuer, so daß sich die Zahlungen nach dem Goldzollaufschlage zu richten haben. Wir warnen Sie eindringlich vor dem Abbau der Einkommensteuer. Der Regierung rufen wir zu: ihr Wille, den Ländern und Gemeinden zu helfen, ist nicht von dem genügenden Ernste getragen, wenn diese Pläne der bürgerlichen Parteien Gesetz werden. Die deutsche Reichsregierung macht sich an dem Zusammenbruch der Länder und Gemeinden mitschuldig, wenn sie ihrem Segen zu dieser volksfeindlichen Arbeit gibt. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Höner (Ztr.) begründet den Kompromißantrag der Regierungsparteien. — Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Um die außergewöhnliche Geldentwertung zu berücksichtigen, hat die Regierung vorgeschlagen, den Tarif in mäßigem Umfange auseinander zu ziehen. Eine unbedingte Notwendigkeit für die Abänderung des Steuerausschusses ist nicht nachweisbar. Ich bitte dringend, den Regierungsentwurf wiederherzustellen. — Abg. Hölzgin (Komm.): Die Not des Winters hat die Bürgerlichen nicht gekühlt, für die Reichen neue steuerliche Vorteile herauszuschlagen. Von einer Steuerpflicht des Besitzes kann in Deutschland überhaupt nicht mehr die Rede sein. Das Proletariat muß fordern, daß das Ausnahmegesetz des Lohnsteuerabzugs ganz beseitigt wird.

Abg. Herz (Soz.) weist zunächst einen persönlichen Angriff des Abg. Helfferich zurück und stellt fest, daß die Besitzenden für Luxus zwar genug Geld haben, aber nicht für die Steuern. So hat sich z. B. von 1920 auf 1921 die Zahl der Luxusautomobile um 20 000 vermehrt, während nach Mitteilungen des Berliner Kämmerers 96 Prozent aller Steuern zwangsweise eingetrieben werden müßten. Die Stellung des Zentrums und die Ausführung seines Redners Höners stehen im Widerspruch zu den Steuerforderungen der christlichen Arbeiter. Die Demokraten haben den sechsfachen Vorsitzenden und das dreizigfache Mitglied von Aufsichtsräten in den Steuerausschuß entsandt, obwohl Herr Erkelenz für seine Fraktion bekannt hat, sie werde für die Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten. Die erste Errungenschaft der neuen bürgerlichen Regierung ist, daß die Regierungsparteien einen Antrag gegen die Regierungsvorlage eingebracht haben. Der Reichskanzler hat versprochen, daß bei der Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung die Besitzenden nicht begünstigt werden sollen. Das Gegenteil ist eingetroffen! Die Sozialdemokratie hat sich für die Durchführung der Lohnsteuer eingesetzt, mit ihrer Stimme ist sie damals angenommen worden. Aber wir müssen jetzt unsere Stellungnahme nachprüfen, wenn die Lohnempfänger die Steuerlast der Besitzenden mittragen sollen. Wenn Sie unsere Anträge nicht annehmen, wird sich die üble Wirkung des Steuerabzuges nur noch verstärken.

Abg. Dr. Fischer (Dem.): Es ist nicht wahr, daß wir nur kapitalistische Interessen vertreten; unser Kompromißantrag schont gerade die mittleren Einkommen. — Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Herz (Soz.) wird die Aussprache geschlossen. Die Anträge der Kommunisten auf gänzliche Beseitigung der Lohnsteuer und Schaffung eines anderen Tarifes werden abgelehnt; ebenso der von den Sozialdemokraten beantragte Tarif für 1923. Es bleibt bei den Ausschußbeschlüssen. Abgelehnt werden auch alle anderen Anträge zu den Bestimmungen des Tarifes für 1922. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien angenommen. Der Rest findet in der Ausschußfassung Annahme.

In zweiter und dritter Lesung wird [illegible] ring des Gesetzes gegen die Kapitalflucht [illegible] Haus erledigt dann nach die Reichshaushalts[illegible] tragsetats. — Nächste Sitzung Freitag.

Das Urteil im Harden-Prozeß.

Nur wegen Körperverletzung! – Grenz 4 Jahre 9 Monate. – Weichardt 2 Jahre 9 Monate. – Anrechnung der Untersuchungshaft.

Der dritte Verhandlungstag im Harden-Prozeß brachte zunächst die große Anklagerede des Oberstaatsanwalts: Den drei Etappen auf dem Wege des sogenannten politischen, in Wirklichkeit gemeinen Meuchelmordes, Erzberger—Scheidemann—Rathenau, gesellte sich mit dem Ueberfall auf Maximilian Harden die vierte bei. Fanatischer Rassenhaß sei auch hier die Triebfeder der Tat gewesen; in Harden sollte, wie in Rathenau, das Judentum getroffen, ein „Schädling" nach der Hauptung dieser Verblendeten, beseitigt werden. Im Falle Harden komme noch ein weiteres, ekelerregendes Moment hinzu. Die Tat sei zu einem reinen, brutalen Geldgeschäft geworden. Geld, Geld, Geld, das sei die Parole der Täter. Erst Geld, dann die Ware; erst Geld, dann die Tötung Hardens. Erst als von der anderen Seite zuerst die Ware erfordert wird, wird das Attentat auf Harden in Szene gesetzt.

Auch in diesem Falle erhebe sich wieder die Frage nach den Hintermännern, die aus dem Dunkel die Drähte zogen. Diese Frage sei zu bejahen, und es sei einem besonderen Verdienste vorzubehalten, diese Fäden zu entwirren. Doch heute könne schon gesagt werden, daß der Angeklagte Grenz genau wisse, wer seine Hintermänner seien, wenigstens einen Teil von ihnen kenne er. Zweifellos sei Grenz bei seiner Reise nach München mit verschiedenen seiner Hintermänner in Berührung gekommen. Auch die Tat an Harden habe ihren politischen Hintergrund. Bei den Tätern habe die Tötungsabsicht unbedingt bestanden, das beweise die brutale Gewalt, mit der die Schläge geführt worden seien. — Uebergehend zu den rechtlichen Gesichtspunkten kommt der Oberstaatsanwalt zu dem Schluß, daß bei Weichardt das typische Beispiel für einen gemeinschaftlichen Mordversuch vorliege, und bei Grenz handle es sich um einen Schuldfall der Anstiftung zum Mord. „Ich halte," so führte der Oberstaatsanwalt aus, „den Tatbestand rechtlich und tatsächlich durchaus geklärt und die Angeklagten für voll überführt." Er hat daher die Geschworenen, die Schuldfragen nach gemeinschaftlichem Mordversuch und Anstiftung dazu zu bejahen und sich vor Augen zu halten, daß die Täter für ihre Tat der gerechten Sühne zugeführt werden müssen.

Als Vertreter des Nebenklägers Harden nahm hierauf Rechtsanwalt Grünspach das Wort. Er untersagt vor allem die Behauptung der Angeklagten einer Prüfung, daß Harden nicht getötet werden, sondern nur einen „Denkzettel" erhalten sollte. Wenn man sich die ganze Vorbereitung zur Tat ansehe, die Beweggründe, die Briefe, die Ausführung der Tat und das Verhalten der Angeklagten, dann stünde fest, daß das Opfer getötet und nicht nur verprügelt werden sollte. Dazu brauche man nur 30 Pfennigmarken aufzuwenden, keine Versprechungen auf Anstellung im bayerischen Staatsdienst, keine geheimnisvollen Reisen, keine geheimnisvolle Korrespondenz mit Fenzezeichen. Der urkundliche Beweis sei erbracht, daß das Opfer aus der Welt geschafft werden sollte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung hat der Verteidiger Weichardts, sämtliche Schuldfragen zu verneinen oder höchstens die Frage nach versuchter Körperverletzung mit mildernden Umständen zu bejahen. Die Bitte der Verteidigung von Grenz ging dahin, den Angeklagten nur wegen Beihilfe schuldig zu befinden; die Entscheidung, ob Mordversuch oder gefährliche Körperverletzung vorliege, wird in die Hand der Geschworenen gelegt.

Nach weiteren Ausführungen des Oberstaatsanwalts, des Vertreters des Nebenklägers und der beiden Verteidiger erhält Harden selbst noch das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. betont, daß er als Folge des Attentats sein 30jähriges Werk habe aufgeben müssen und auch materielle Verluste erlitten habe. Er stehe da, um zu verhindern, daß zur Wahrheit werde, was ihm am Morgen ein Politiker von Weltruf in einem Briefe geschrieben habe: „Wohin ich im neutralen Ausland komme, sagt man mir, Deutschland geht zugrunde durch seine Solidarisierung mit den Mördern." Vor 40 Jahren sei er bereits aus innerer Ueberzeugung vom Judentum zum Christentum übergetreten. Niemals habe er sich zu einem Staatsamt gedrängt. Es sei unverständlich, wie ein so starkes, bewunderungswürdiges Volk wie die Deutschen, sich so herabsehen könne und in alle Welt hinausschreie: Wir werden von den Juden, die noch nicht ein Prozent ausmachen, zugrunde gerichtet!

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Die Angeklagten werden wegen gefährlicher Körperverletzung und zwar Grenz zu 4 Jahren 9 Monaten und Weichardt zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten werden je 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Vorschlägen des Angeklagten Weichardt wird eingezogen.

Wie die Dinge liegen, können die beiden alldeutschen Verbrecher sagen, daß sie mit einer verhältnismäßig niedrigen Strafe davongekommen sind. Der Vorteil des — Schwurgerichts! Unseres Erachtens hätte sich das Gericht zu der Ansicht des Oberstaatsanwalts bekennen müssen, nämlich, daß Mordversuch vorliege. Statt dessen entschied man sich für Körperverletzung. Die Folge war die niedrige Strafe; die diese politischen Meuchelmordkandidaten Rathenau-haftig nicht verdienten.

Das Wiedergutmachungsproblem.

Im englischen Unterhause erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland einem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne keiner Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben würde, daß seine Reparationen gefährdet würden, und es schwierig, wenn nicht unmöglich machen würde, etwas zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zwischenzeit zu einem Meinungsaustausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden.

Aus London berichtet Wolff: Die „Times" melden aus Washington unter dem 14. Dezember: Das Weiße Haus ließ gestern mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustandezubringen. Präsident Harding wünsche darauf hinzuweisen, daß die Regierung sich nicht untätig verhalte. Das Weiße Haus und das Staatsdepartement wollten indessen nichts weiter, als die allgemeine Erklärung abgeben, sie hielten die Lage für so heikel, daß die größte Zurückhaltung notwendig sei.

Reichstagsferien bis 10. Januar.

(Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstag wird sich, vorausgesetzt, daß keine Zwischenfälle eintreten, am Sonnabend vertagen und am 10. Januar wieder zusammentreten.

Bemerkenswert ist an diesem überaus friedlichen Jahresabschluß folgendes: Während die Deutschnationalen nach jeder Verhandlung über die Reparationsfrage im In- und Auslande zurzeit der Regierung Wirth, in der Sozialdemokraten saßen, jedesmal eine Interpellation über das Reparationsproblem und seine Behandlung durch den Reichskanzler Wirth einbrachten, verzichteten sie gegenüber der Regierung Cuno, die sich die Erfüllungspolitik des alten Kabinetts zu eigen gemacht hat, bereits bei der ersten Gelegenheit auf jeden Angriff, auf jede Interpellation in einer öffentlichen Reichstagssitzung. Diese Haltung ist insofern charakteristisch, als sie die Stellungnahme der Deutschnationalen zur Regierung Cuno kennzeichnet.

Die im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenzen (Kündigungsbeschränkungen, Konkurrenzklausel) wurden gestern auf Antrag der Sozialdemokraten auf 1 500 000 Mk., 780 000 Mk. und 2 400 000 Mark erhöht.

Die Dezembergehälter der Beamten.

Wie schon gestern mitgeteilt, sind die Bezüge für die Beamten und Angestellten für den Monat Dezember um 54 Prozent erhöht worden. Im einzelnen hat dieses Ergebnis folgendes Gesicht:

Der prozentuale Teuerungszuschlag wird für die Zeit vom 1. bis 16. Dezember von 120 auf 174 Prozent erhöht, für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember tritt eine weitere Erhöhung um 58 Prozent auf 232 Prozent ein. Die Frauenzulage wird von 2000 auf 3500 Mark erhöht. In den bekannten 3tägigen Gehaltsgruppen werden danach für Dezember folgende Gehälter gezahlt:

Gruppe	Anfangsgehalt	Nachzahlung	Endgehalt	Nachzahlung
II	39 390	10 790	53 631	14 691
III	44 541	12 201	59 691	16 351
IV	47 874	13 114	64 236	17 596
V	53 631	14 691	71 208	19 505
VI	57 570	15 770	76 659	20 990
VII	65 145	17 845	86 052	23 572
VIII	73 932	20 252	94 830	25 979
IX	79 689	21 829	104 535	28 635
X	90 294	24 734	121 200	33 200
XI	99 687	27 307	138 168	37 848
XII	114 837	31 457	162 105	44 405
XIII	145 440	39 840	206 040	56 440

Diese Bezüge verstehen sich für die ledigen Gehaltsempfänger in Ortsklasse A. Die angegebenen Nachzahlungen sind in den genannten Gehaltsstufen bereits enthalten. Die Zulagen werden im Laufe der nächsten Woche zur Auszahlung gelangen.

Rückschritt im Reichswirtschaftsrat.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes dem Arbeitgeberantrag auf Nichteinberechnung der Arbeitsbereitschaft in die achtstündige Arbeitszeit sowie der Mehrbeschäftigung der Lehrlinge zu. Damit sind die grundlegenden Paragraphen des Arbeitszeitgesetzes im Sinne der Arbeitgeber beschlossen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Die Botschafterkonferenz hat eine Sitzung abgehalten und Kenntnis von der deutschen Note über die Zwischenfälle in Ingolstadt und Passau genommen. — Die vereinigte Schweizer Bundesversammlung hat die gegenwärtigen Mitglieder des Bundesrat bestätigt und Bundesrat Scheurer zum Bundespräsidenten für 1923 gewählt.

Mittagskurse.

	15. Dezember	14. Dezember
Amerikanischer Dollar	Mk. 7400	Mk. 7700
Holländischer Gulden	„ 2900	„ 3080
Englisches Pfund	„ 34000	„ 34700
Dänische Krone	„ 1480	

Wettervorhersage.

Morgen mäßige böige Westwinde, wenig Wärmeänderung, Niederschläge.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Preisdiktatur der Kartelle.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem unerträglichen Mißbrauch, den die immer mächtiger werdenden Kartelle und Syndikate mit ihrer wirtschaftlichen Macht treiben. Genosse Krätzig zeigte an der Hand zahlreicher Tatsachen, daß wir durch die Kartelle in eine immer unerträglicher werdende Zwangswirtschaft geraten seien. Eine brutale Preisdiktatur habe eingesetzt, die nur noch übertroffen werde durch die unverschämten Bezugsbedingungen, die man dem Verbraucher vorschreibe. Jeder Wettbewerb sei durch diesen Mißbrauch der Kartellgewalt unterbunden. Wer sich nicht füge, werde wirtschaftlich niedergeknüppelt. Leitendes Motiv der Kartelle sei heute nicht mehr die Steigerung der Produktion, sondern die Steigerung des Profits. Die Kartelle seien dadurch zu einem Faktor zur Erstarrung der Produktion geworden. Betriebe, die sich im freien Wettbewerb durchsetzen wollten, würden mit Hilfe des Treurabatts rücksichtslos ausgerottet. Das Oberlandesgericht in Dresden habe jetzt durch ein Urteil entschieden, daß dieser Treurabatt gegen die guten Sitten verstoße. Durch die bei vielen Kartellen vorgeschriebene Mindest- oder Zwangskalkulation, die sich meistens auf die Unkosten der technisch und kaufmännisch am schlechtesten geleiteten Betriebe aufbaue, werde für alle gutgeleiteten Betriebe eine unerhörte Ueberpreisbesetzung herbeigeführt, die nichts anderes als Preiswucher sei. Ein unerhörter Mißbrauch der Kartellgewalt sei auch der Ausschluß vieler Kaufleute von der direkten Belieferung durch die Erzeuger. Detailisten dürften nicht vom Erzeuger beziehen, sondern nur vom Großhandel; obgleich es Spezialgeschäfte gebe, die weit größere Umsätze hätten wie viele Grossisten. Besonders schädlich sei der Boykott der Genossenschaften durch die Kartelle. Das ganze Volk werde ein Opfer der Privatmonopole, und die Gesetzgebung habe bisher vollkommen versagt. Das gehe so nicht weiter. Redner beantragte bei der Regierung die Schaffung eines Kartellgesetzes. — Der Mitreferent Abg. Schlack (Z.) schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der Deutschnationale Syndikus der Schwerindustrie, Dr. Reichardt, suchten die ganze Kartelltätigkeit auf das Gebiet der Harmlosigkeiten hinüberzuziehen. Man solle es nur so lassen wie es sei; die Industrie übe schon Selbstzucht und werde auch Mißbräuche bekämpfen. — Der Ausschuß ließ sich in seiner Mehrheit nicht davon abbringen, die Regierung gegen den Mißbrauch der Kartellgewalt vorzugehen. Mit großer Mehrheit stimmte man den Anträgen der Referenten zu.

Kampfansage der Deutschnationalen.

Auf dem gegenwärtig in Halle stattfindenden Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei hat der Vorsitzende der Deutschnationalen, Hergt, eine große politische Rede gehalten, in deren Verlauf er folgendes ausführte: „Es war ein Triumph für uns, daß die große Koalition zusammenbrach, aber noch ist sie in Preußen. Niche viel will ich über die Sozialdemokratie reden, aber das sei gesagt, eine Partei der Autorität kann die Sozialdemokratie nicht werden. Man muß Herr der Masse sein, darf nicht ihr Sklave sein, wie es die Sozialdemokratie ist. Wenn wir in diesem Winter, was ich nicht hoffen will, zu neuen Unruhen kommen, dann wird das deutsche Volk dafür zu büßen haben, daß man die Sozialdemokratie nicht hinausmarf. Noch ist es nicht gelungen, aber es ist unser Ziel, auch in Preußen muß die Veränderung kommen." — In diesem Zusammenhange erfährt unser Hallesches Parteiorgan, das „Volksblatt", daß anläßlich des Deutschnationalen Parteitages auch die Gründung der programmatisch bereits angekündigten Frontkämpfergruppe stattfand. Für die Gesetzwidrigkeit dieser neuesten Bildung sprachen die Ausführungen des Hauptmanns Werner, der u. a. den Satz prägte: „In dem kommenden Winter gehört der alte Frontsoldat wieder an die Front." — Deutlicher können die deutschnationalen Absichten nicht enthüllt werden.

Zum Streik in Ludwigshafen.

Fünf Millionen Mark haben die Kommunisten bisher für die Streikenden in Ludwigshafen gesammelt; zwei Millionen davon stammen aus Frankreich. Auf dieses Ergebnis sind die Väter des Streiks nicht wenig stolz. Mit Begeisterung verkünden sie, der Sieg werde ihnen gehören, wenn das Proletariat weiter sammle. Wie wenig aber mit diesen 5 Millionen Mark den Streikenden gedient ist, beweist die Tatsache, daß die Anilinwerke bei der letzten Lohnung rund 180 Millionen Mark Löhne gezahlt haben. Jetzt streiken die Arbeiter auf Befehl der Kommunisten schon in der dritten Woche. In der Zeit schwerster Not haben die Opfer kommunistischen Wahnsinns bisher 567 Millionen Mark verloren. Und in zehn Tagen ist Weihnachten! Den kommunistischen Einpeitschern wird das allerdings nichts ausmachen, so lange die Regierung des hungernden Rußlands monatlich 30 bis 50 Millionen für sie zahlt. Die Unternehmer werden lachen, denn je elender die Lage der Arbeiter, je leichter können sie diktieren.

Oldenburg.

Zusammenschluß von Begräbniskassen. Der Mieterschutzverein, der bekanntlich kürzlich eine Begräbniskasse gründete, steht jetzt mit verschiedenen älteren Sterbekassen unserer Stadt in Verbindung, um einen Zusammenschluß mit einer möglichst hohen Mitgliederzahl herbeizuführen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die genannten Kassen die Vereinigung vollziehen. Bislang sind der Begräbniskasse des Mietervereins, die auch Nichtmitglieder aufnimmt, über 2000 Mitglieder beigetreten. Durch die Eintrittsgelder ist bereits ein Stammkapital angesammelt. Mit Rücksicht auf die steigende Geldentwertung und Preise wird der Verein gezwungen sein, vom 1. Januar ab das Eintrittsgeld entsprechend zu erhöhen. Bis zu diesem Zeitpunkte soll bei den Neuanmeldungen, die täglich eingehen, noch der bisher geltende geringere Satz des Eintrittsgeldes erhoben werden.

Vorsicht mit Zelluloid-Spielsachen. Aus Obernduorf wird berichtet: Ein unglücklicher Zufall hat hier ein frohes Elternpaar in namenlose Trauer versetzt. Während die Hausfrau sich einige Minuten entfernte, um ihr Vieh zu füttern, geriet das Zelluloidpäppchen des einjährigen Söhnchens in Brand und mit ihm das Kleidchen des Kindes selbst. Die verbrennenden Flammen hatten beim Eintritt der Mutter den zarten Körper bereits so sehr ergriffen, daß das arme Kindchen noch am gleichen Tage seinen Schmerzen erlag.

Mangel an Führerhunden für Kriegsblinde. Es warten noch viele Kriegsblinde auf Hunde, doch sind solche sehr schwer von den Ausbildungsstellen zu beschaffen. Es wäre zu wünschen, daß diejenigen, die die Absicht haben, ihre Hunde zu verkaufen, sich erst an die vom Reich anerkannte Ausbildungsstelle Zwinger-Hindenführer, Bremen-Osteshausen, wenden, welche passende Hunde zu angemessenen Preisen kauft. Es kommen hauptsächlich Schäferhunde von 1 bis 3 Jahren mit einem Mindestmaß von 55 Zentimeter Höhe in Frage. Doch werden auch andere Rassehunde dankbar angenommen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß niemand beauftragt ist, Hunde für diese Stelle zu kaufen.

Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Hamburg. Gefängnisstrafen für Wucherer. In der Zeit vom 16. bis 30. November 1922 sind vom hiesigen Wuchergericht und der beim hiesigen Schöffengericht eingerichteten Wucherabteilungen 65 Personen zu insgesamt 5 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 3 886 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Außerdem wurde in 7 Fällen auf Einziehung des übermäßigen Gewinnes von insgesamt 40 619,30 Mark erkannt.

Nordenham. Krankenversicherungspflicht. Die am 1. Dezember herausgegebene Verordnung über Grundlohn und Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bringt gegenüber den früheren Verordnungen wesentliche Aenderungen mit sich, die besonders für die Versicherten von einschneidender Bedeutung sind. Erkrankte Kassenmitglieder erhalten z. B. erst vom 42. Tage ab, an dem die Kasse diese Verordnung einführt, diese höheren Sätze ausbezahlt. Dies ist eine Härte, hat aber ihren Grund darin, daß die Kassen hinsichtlich ihrer schlechten finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage sind, die um das 3½fache höheren Unterstützungssätze sofort auszubezahlen zu können, weil die erhöhten Beiträge auch erst 5 bis 6 Wochen später eingezogen werden können. Mitglieder, die vor dem Inkrafttreten der neuen Satzung erkranken, haben für diese Krankheit überhaupt keinen Anspruch auf das erhöhte Krankengeld. Vollständig neu ist die Bestimmung, daß Angestellte, deren Verdienst die 720 000-Mk.-Grenze überschreitet, ohne ihren Arbeitgeber oder ihre Stellung zu wechseln, erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten der Verdienstgrenze, aus der Versicherungspflicht ausscheiden. Hiermit ist endlich mit dem Uebelstand aufgeräumt worden, daß diese Gruppe, kaum versichert, in einigen Wochen wieder aus der Kasse ausscheiden mußte. Auch den Arbeitgebern ist hiermit eine große Arbeitslast und viel Schereereien erspart. Durch diese Bestimmung wird es den Angestellten möglich gemacht, bis zur erneuten Erhöhung der Versicherungspflicht Mitglied der Kasse zu bleiben.

Strückhausen. Ueberschwemmung. Infolge der letzten Niederschläge sind die Wasserzüge bis an den Rand voll. Stellenweise traten die Gewässer auch schon über die Ufer, so daß Wiesen und Fußwege unter Wasser gesetzt wurden.

Emden. Zeichen der Zeit. Auf den Puffer eines hier von Münster einlaufenden Zuges wurden dieser Tage zwei jugendliche Arbeitslose angetroffen, die nur im Besitze einer Fahrkarte der Strecke Lingen—Gleste waren. Auf die drohenden Gefahren vom Zugpersonal aufmerksam gemacht, antworteten die nur dürftig bekleideten, wenn sie dann nur gleich tot wären. Sie waren froh, als man sie in Leer der Polizei übergab, da sie nirgends Arbeit bekommen konnten.

Osnabrück. Der „Valutazug" — auch ein Zeichen der Zeit. Die ersten Züge des neuen Luxuszuges Hoek von Holland nach Berlin und zurück, die auch Osnabrück berühren, haben nur eine geringe Zahl Fahrgäste gefunden. Der Zug besteht aus drei Salonwagen des früheren kaiserlichen Hofzuges und ist recht „erstklassig"; — nicht nur, daß er nur die erste Wagenklasse führt, sondern auch, weil die Fahrt außer dem gewöhnlichen Fahrpreis noch einen Zuschlag von 20 Gulden kostet, das sind rund 80 000 Mk. Jedes Abteil ist nur für zwei Fahrgäste und der ganze Zug für nur 42 eingerichtet. Neben den drei Salonwagen führt ein Speisewagen und ein Packwagen mit. Das Ganze ist ein Privatunternehmen der „Mitropa" und einer holländischen Gesellschaft. In Osnabrück hält der Zug nur auf der Hinreise nach Berlin, nicht aber auf der Rückreise. Sonstige Haltepunkte sind nur Berlin, Hannover und Bentheim.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschafts- und Volkshäuser. Die in Leipzig tagende Konferenz der Verwaltungen der Gewerkschaftshäuser hat die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gewerkschafts- und Volkshäuser beschlossen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus Lewin (Kiel), Odenthal (Hamburg), Wieklein (Leipzig) und Pickrodt (Hannover) als Erstmann. Vorort ist Hamburg. Die Verwaltungen der Gewerkschafts- und Volkshäuser werden gebeten, vorhandene Drucksachen, insbesondere Satzungen und Geschäftsberichte, an den Genossen Karl Odenthal, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, einzusenden. Um Auskünfte wolle man sich an dieselbe Adresse wenden.

Literatur.

Von der „Kommunalen Praxis" zur „Gemeindepolitik". Kommunalpolitiker sichern sich prompte Zustellung der von Januar ab statt der „Kommunalen Praxis" und „Sozialistischen Gemeinde" im Vorwärts-Verlage, Berlin SW. 68, erscheinenden „Gemeindepolitik" durch rechtzeitige Bestellung dieser neuen Monatsschrift bei ihrem Postamt. Von den bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis" und „Sozialistischen Gemeinde" haben nur diejenigen, welche ihre Abonnements bisher direkt beim Postamt oder Briefträger selbst bezahlten, nunmehr auf die „Gemeindepolitik" bei denselben Stellen zu beantragen, die sonstigen bisherigen Abonnenten der „Kommunalen Praxis" und „Sozialistischen Gemeinde" erhalten die neue Zeitschrift „Gemeindepolitik" ohne weiteres anstatt der früheren Zeitschriften zugestellt.

Vermischtes.

Zeichen der Zeit. Aus Berlin wird uns folgendes übermittelt: Die Markileute hatten ihre Stände abgebrochen und auf die Wagen gepackt. Viele Verkaufsstände waren es ja nicht gewesen. Aber immerhin doch genug, um dem Marktplatz mit den Abfällen ein nicht gerade appetitliches Aussehen zu verleihen. Nun schnupperten einige Hunde zwischen den halb zertretenen Abfällen umher. Aber die Hunde waren nicht allein. Auch die menschliche Gesellschaft fehlte ihnen nicht. Ein paar alte Frauen humpelten am Marktrand umher und hielten noch nach Genießbarem Ausschau. Da waren ein paar angefaulte Mohrrüben, die brauchbar waren. Ein toter Weißfisch lag in der Gosse. Ein paar Kartoffeln waren beim Ausladen aus den Körben gefallen. Kohlblätter waren abgerissen. Auch ein paar fleckige, unansehnliche Aepfel trieben sich zwischen dem feuchten Kopfpflaster umher. Das durfte nicht liegen bleiben. Sorgsam wurde es aufgelesen und in den großen Beutel getan, den jede Alte mit sich führte. Mit vorgebeugtem Oberkörper patrouillierten sie den Platz ab. Ihre alten Augen spähten suchend umher. Und jede suchte der anderen im Aufstöbern nach irgendwie verwandbare Marktreste zuvorzukommen. Wie das personifizierte Elend schoben sich die krummen, dunklen Gestalten über das höckerige Pflaster . . . Die Leute, die es sahen, blieben nicht stehen. Sie waren abgestumpft gegen derartige Elendsbilder, die sich in irgendeiner Form in irgendeinem Winkel der Stadt ingaus tagtäglich ein wiederholten. Man dachte gar nicht mehr groß über diesen Jammer nach. Und selbst die Alten, die aus diesem Marktkehricht das noch Genießbare herausklaubten, fühlten kaum, welche bittere Not sie mit ihrem Tun illustrierten. Zeichen der Zeit waren es, die man hier beobachten konnte — Zeichen von entsetzlicher Furchtbarkeit!

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Vorstandssitzung. Am Sonnabend den 16. Dezember, abends 6 Uhr: Sitzung des engeren Vorstandes im Parteibureau.

Distrikt Schaar. Am Sonnabend den 16. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Schaar bei Hagemann (Grüner Hof) eine Distriktsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Parteiangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Die Genossinnen und Genossen von Schaar und Umgegend werden gebeten, zu erscheinen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die viel verbreitete Meinung, daß mit der sinkenden Mark auch die Nachfrage auf dem Warenmarkt sich belebt und mit dem Tempo der Entwertung die Geschäftskonjunktur steigt, hat nur bis zu einer gewissen Grenze Berechtigung.

Ein schnelles Steigen der Preise führt dazu, künstlich die Nachfrage über den unmittelbaren Verbrauch zu heben. Jeder ist bemüht, im voraus einzudecken, er kauft billiger ein, weil in einigen Wochen die Preise wieder davongelaufen sind. Schon der Index der Großhandelspreise, der dem Kleinhandelsindex vorausteilt, ist ein Barometer für den kommenden Preisstand. Unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen haben wir eine solche Unsicherheit des Warenmarktes nicht kennen gelernt. Besonders die städtische Bevölkerung hat keine Vorratswirtschaft betrieben, denn bei gleichbleibenden Preisen wäre es töricht, Geld in Waren anzulegen, die erst nach Monaten in den Verbrauch kommen.

Volkswirtschaftlich ist diese Entwicklung die denkbar ungünstigste. Die Nachfrage wird über den unmittelbaren Bedarf gesteigert, das Angebot von Waren findet billigen Absatz, ohne daß der Preisdruck stattfindet, der bei Ueberangebot regulierend wirken muß. So sind der Preisbewegung keine Hemmungen gesetzt, denn das Bemühen, durch die Strafgesetze eine Grenze zu ziehen, kann nur dazu führen, daß einige grobe Verfehlungen gehindert werden.

Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß für den ehrlichen Kaufmann die Aufrechterhaltung des ehemaligen Geschäftsprinzips, die Ware mit einem bestimmten Nutzen zum Einkaufspreis zu verkaufen, geradezu unmöglich geworden ist. Nicht mit Unrecht wird geltend gemacht, daß der Verkauf einer Ware es dem Kaufmann möglich machen muß, aus dem Erlös ein gleiches Quantum wieder einzukaufen. Gelingt das nicht, so würde der Warenbestand langsam geringer werden und das Unternehmen in seinem Besitz fortgesetzt Einbuße erleiden. Man fordert deshalb besonders im Kleinhandel eine Preisfestsetzung nach den Wiedererlangungskosten.

Das wäre an sich berechtigt, nur darf das Prinzip nicht übertrieben, es dürfen keine Gewinnzuschläge gefordert werden, die mit einer ordnungsmäßigen Kalkulation nichts mehr zu tun haben. Die gegenwärtige Marktlage verleitet sehr leicht dazu, restlos die Konjunktur auszunutzen, das heißt, es werden Preise genommen, deren steigende Tendenz durch kein Ueberangebot unter Druck gehalten wird. Dabei ist schwer festzustellen, wie hoch denn nun die tatsächlichen Wiedererlangungskosten sind. Es könnte der Textilfabrikant sagen: Ich brauche nach einem Vierteljahr Rohbaumwolle für meine Spinnerei, die dahin bin ich mit Material eingedeckt. Noch einen Vierteljahr rechnet er mit einem Dollarstand von 10 000, mithin muß er bereits gegenwärtig für sein Fabrikat einen Preis festsetzen, der dem angenommenen Dollarstand von 10 000 entspricht. Eine Sicherheit, daß der Dollar diese Höhe erreicht, hat niemand; bleibt der Dollar auf dem bisherigen Stand, oder sinkt er auch nur um ein Geringes, so fließen dem Textilfabrikanten riesige Gewinne zu, und er hat seine Abnehmer unerhört übervorteilt. Die Abwicklung des Geschäftes kann sich aber auch in folgender Weise vollziehen: Der Textilfabrikant hat seine reichen Gewinne aus den letzten Jahren flüssig gehalten, da er annahm, es sei vorsichtiger bei der unsicheren Geschäftslage, die Gewinne nicht zur Erweiterung des Betriebes oder zu übermäßigem eigenen Verbrauch zu verwenden, sondern sie als Sicherheitsposten bereit zu halten. Er kauft deshalb zur Zahlung für die Baumwolle, die er nach einem Vierteljahr abnehmen wird, bereits jetzt, sagen wir, zu einem Kurs von 8000 für den Dollar, den Betrag, den er bei Lieferung der Baumwolle braucht. Er kann sogar auf diese Dollarbeträge bei der Bank eine Beleihung erlangen, so daß ihm nicht allzuviel Zinsen für das angelegte Geld verloren gehen. Der Effekt dieser Transaktion ist nun, daß der Textilfabrikant, wenn seine Annahme zutrifft, daß der Dollar mittlerweile auf 10 000 gegangen ist, die Baumwolle doch zu einem Dollarstand von 8000, Plus eines geringen Zinsbetrages eingekauft hat. Aber er wird uns seine Ware zu einem Preis anrechnen, der dem Dollarstand von 10 000 entspricht und wird die Differenz in Höhe von 2000 als Spekulationsgewinn einstecken. Diese Transaktion wiederholt sich heute bei allen Unternehmungen. Sie sind in diesem Umfange und mit diesen Gewinnen früher nie betrieben, das sind nur Erscheinungen unserer Zeit.

Dieselbe Spekulation betreiben auch die Fabrikanten und der Handel, die keine ausländische Rohstoffe beziehen, um sich die Gewinne zu sichern, die bei steigendem Dollar aus der Preisentwickelung sich ergeben. Nun wird es uns klar, weshalb so viele Leute einen heillosen Schrecken haben vor der Besserung der Mark, denn in dem Augenblick erleiden alle Verluste, die Dollars im Besitz haben. Aber noch eins. Diese Entartung in unserer Geldwirtschaft muß zu einer riesengroßen Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, sagen wir zum Dollarauftauf, führen. Je mehr diese Nachfrage gesteigert wurde, je tiefer mußte die Mark sinken, denn wir werfen die Mark nach dem Ausland hinaus, um fremde Zahlungsmittel hereinzunehmen. Die Markbeträge müssen an den fremden Börsenplätzen auf den Kurs der Mark drücken, da sich nur Käufer für diese Mark finden, die sie zu geringerer Bewertung aufnehmen. Damit wird uns nebenbei klar, weshalb die Schwerindustrie und das Bankkapital gegen die Devisenverordnung Sturm liefen, die ihnen dieses Geschäft verderben wollte.

Ganz anders gestaltet sich das Interesse der Verbraucher, die überhaupt der sozial tiefer stehenden Schichten. Die sprunghaft aufwärtsgehende Preisbewegung aller Waren wird hier am schwersten empfunden, zumal das Einkommen im Verhältnis zum Warenpreis zurückbleibt. Die Spargelder werden in der Kaufkraft entwertet, die festverzinslichen Werte (Anleihepapiere) geben eine Rente in Papiermarken, nicht höher als vor dem Kriege, aber nicht mehr als vollwertiges Zahlungsmittel. In dem Augenblick, wo die Mark besser wird, gewinnen alle diese Anlagen an Wert, sinkende Preise erhöhen die Kaufkraft. Können wir den Dollar nicht von seiner Höhe herunterholen, so wird das Interesse, Spargelder anzulegen, geradezu erstickt, es werden Gelder in Waren angelegt in dem Glauben, daß hier ein wertbeständiges Objekt vorhanden ist. Aber diese Spekulation der Kleinen, wie man es nennen könnte, kommt nur auf ihre Rechnung, solange der Dollar steigt und eine Hochkonjunktur vorhanden ist. Geht der Weg abwärts, ist die Spekulation verfehlt, da die Preise für alle Waren fallen.

Bedeuten aber fortgesetzt aufwärtstreibende Preise auf dem Warenmarkt nun auch im gleichen Maße steigende Konjunktur und reichliche Beschäftigung? Nur bis zum gewissen Grade. Auch die künstlich angetriebene Kaufkraft wird über einen gewissen Höhepunkt nicht hinausgelangen, da die Käufer schließlich zurückhalten, weil die Preise die Bevölkerung zu weiteren Einschränkungen zwingen.

In diesem Zustand befinden wir uns jetzt, die Beschäftigung in einigen Industriezweigen läßt nach, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Wird die Mark durch eine Stützungsaktion im Fallen gehemmt, so wird allerdings das unüberlegte Aufkaufen aufhören, aber es wird die Kaufkraft der großen Masse gesteigert, sofern der Lohn nicht in dem schnellen Tempo sinkt, wie die Mark steigt. Voraussetzung ist allerdings, daß eine plötzliche und sehr erhebliche Intervention eintritt, die den Kurs der Mark herausbringt. An notwendigem Bedarf fehlt es in den sozial tief stehenden Schichten nicht. Fallen die Preise, so wird sich die Nachfrage auf dem Warenmarkte nur in anderer Richtung stärker betätigen als gegenwärtig.

Der Außenhandel, der in den letzten Monaten ständig zurückgegangen ist, wird wieder mehr gepflegt werden, besonders da, wo der Inlandsmarkt durch starke Nachfrage das Interesse für den Auslandsmarkt unterbunden hatte. Möglich, daß wir für eine kurze Zeit des Niedergangs eine allgemeine Geschäftsstockung erleiden, aber wir müssen sie ertragen, weil es eine andere Lösung nicht gibt, die uns zu einer besseren Bewertung unserer Zahlungsmittel verhilft und uns aus dem Jammer der fortgesetzten Preissteigerung befreit.

Landesbibliothek Oldenburg

Erdal

Marke Rotfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Der Markenbrotpreis beträgt infolge weiterer Steigerung der Löhne und Meisterunkosten ab 18. d. M.

für 1875 Gramm Schwarzbrot	285 Mk.
für 1875 Gramm Bremer Brot	305 Mk.
für 1875 Gramm Langbrot	310 Mk.

Wilhelmshaven/Rüstringen, 15. Dez. 1922.

Städtisches Lebensmittelamt.
Kriegsversorgungsamt. (6015

Wilhelmshaven.

Betr. Ausgabe der Steuerbücher für 1923.

Die Ausgabe der für das Kalenderjahr 1923 neu ausgestellten Steuerbücher erfolgt für alle Arbeitnehmer, die im Zeitpunkt der Personenstandsaufnahme (10. Oktober 1922) in Wilhelmshaven wohnten oder sich aufhielten, am Montag den 18. und Dienstag den 19. Dezember 1922, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, im Zimmer Nr. 1 des Rathauses und zwar am Montag für die Arbeitnehmer mit den Anfangsbuchstaben A—K und Dienstag für die Buchstaben L—Z.

Die für die Abholung der Steuerbücher angesetzten Termine sind im Interesse einer glatten Abfertigung unbedingt innezuhalten. Es empfiehlt sich, um den Andrang in den Nachmittagsstunden zu vermeiden, für die Abholung möglichst schon die Vormittagsstunden zu benutzen.

Arbeitnehmer, die verpflichtet sind, mittellose Angehörige zu unterhalten, können bis zum 30. Dezember 1922 beim Finanzamt unter Vorlegung des Steuerbuches und eines entsprechenden Nachweises beantragen, daß die im § 46 Abs. 2 Nr. 2 vorgesehene Ermäßigung für minderjährige Kinder auch für die zu unterhaltenden mittellosen Angehörigen gewährt wird. (6016

Wilhelmshaven, den 12. Dezember 1922.

Der Magistrat.

Oeffentliche Sitzung des Bürgervorsteher-Kollegiums am Dienstag den 19. Dezember 1922, nachmittags 4 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Die Tagesordnung liegt für die Einwohnerschaft zur gefl. Einsichtnahme in der Hauptregistratur des Rathauses (Zimmer 3) aus.

Müller, stellv. Vorsteher.

Große Auktion!

Sonnabend, 16. Dez., nachm. 3.30 Uhr anf.

versteigere ich im Saale des Restaurants **Grenzstraße 30** in Rüstringen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:

1. Eine schöne neue Kolonialwaren-Einrichtung, bestehend aus Tresen, Fensterverkauf, Schreibpult, Dezimalwage, Tafelwage, Bordonglöser, Porzellanplatten, Fleischmaschine, Fleischsäge usw.;
2. 50 gute Stühle, 1 Ofen mit Rohr, Bettstelle mit Matratze, Kommode, 2 Steppdecken, 2 gr. woll. Vorhänge, Küchentisch, Küchenstühle, Teller, Löffel, Gabeln, Messer, Brotschneidemaschine, Jalousie, 120:280, goldene Herrenuhr mit Kette, **viele Kinderspielsachen**, Nähmaschine, schönen Herren-Pelzmantel u. vieles and.

6004] **A. Hadeler, Auktionator,**
Marienstraße 10. Telephon 109.

Die Webstoff-Verarbeitungs-Akt.-Gesellsch. (früheres Marine-Bekleid.-Amt)

wird den Betrieb voraussichtlich Februar eröffnen.

Vornotierungen von Nähfrauen

(keine Heimarbeit) finden schon jetzt i. Zimm 65 statt

Eine große Erleichterung des Weihnachts-Einkaufes

ist es, daß Sie vom Einkaufstisch bis zum Teuersten große Auswahl in wirklich praktischen Geschenken bei mir haben und Ihnen die gewünschten Gegenstände bis zum Feste zurückgestellt werden.

Besteck jeder Art, **Alpakka- u. Britania-Löffel, Rasiergarnituren, Manicure- und Nähetuis, Taschenmesser, Scheren, Schlittschuhe** usw. Nur Qualitätsware!

Solinger Stahlwarenhaus
Marktstraße 20, Filiale Göterstr. 29.

Kammer-Lichtspiele

Der Gaukler von Paris

Sensationelles abenteuerlich Erlebnis in 6 Akten. In der Hauptrolle der beliebte Filmschauspieler **Carl de Vogt.**

Glashaus-Mädchen

Zweiter Teil des Filmromans „Gegen das Filmfieber" in fünf Akten. Verfaßt und in der Hauptrolle der bekannte Schauspieler **Ludwig Trautmann.**

Deutsche u. Colosseum-Lichtlp.

Eingetroffen ist

Der Graf von Monte Christo! 6019

2. Teil: Der Schatz von Monte Christo.

Der sensationellste Abenteuerfilm aller Zeiten in sechs Akten.

Die weisse Wüste

Spannendes Abenteuer aus dem ewigen Eise. Furchtbare Kämpfe mit Bären und Wölfen in sechs Akten. In der Hauptrolle **Carl de Vogt.**

„Er" und 20 Min. Angst

Tolle amerikanische Filmposse.

Apollo - Lichtspiele

Die Sensation!

Der geheimnisvolle Athlet

Nervenpeitschend. Abenteuer in fünf Akten. In der Hauptrolle der bekannte italienische Kraftmensch **Antonia.**

Das Mädchen aus dem Goldenen Westen

Eine Freudalkomödie voll „wilden" Humors in 5 Akten von **Hans Land.**

Karlchen, das Unikum, in dem zaktigen Lustspiel:
Verwechselte Verwechselung

Puppe, Puppenstubeund Schlitten zu verkaufen Amt.-Müller-Str. 11, u. l.

Puppe, Strickjump. u. w. Schuhe (38) nach 5 Uhr abds. z. v. Kaufstr. 5, II.

Großes Fellschaukelpferd und kl. Rollwagen zu verk. Siebethsburger Straße 4, p., l. (6010

Kinderbettstelle, sowie Kino z. verk. Peterstr. 61, Hinterh., 2. Tür, oben.

Kinderschuhe, Gr. 30 u. 32, z. vk. Siebethsb. Str. 15 Tr.

Bremberge zu verkauf. Kieler Str. 24, II, l.

Für Kaninfelle

zahle als Selbstverbraucher höhere Preise als jeder Händler
Lassen Sie Ihre Felle **ohne Verbindlichkeit** bei mir taxieren.

Pelz-Mode-Haus
Rudolf von Zindell,
Göterstraße 36,
Ecke Viktoriastraße.
Telephon 606.

20000—30000 M zahle für gebr. Damenrad, ev. ohne Bereifung. Ang. m. Preis erb. u. R. 6025 a. d. Exp.

Kaufe tausend jeden Posten (5129

Metalle

Spiers,
Königstraße 50, 2. Et.

Hasen-Felle

Kanin-Felle
Katzen-Felle
Reh-Felle
Ziegen-Felle
Wiesel-Felle
Iltis-Felle
Maulwurfs-Felle
Marder-Felle
Fuchs-Felle
Otter-Felle
Dachs-Felle
Seehund-Felle
kauft zu
besten Tages-Preisen

Pelz-Haus
Rudolf von Zindell,
Göterstraße 36,
Ecke Viktoriastraße
Telephon 606.

Vorteilhaftes Angebot in

Pelzwaren!!

Aus alten Abschlüssen biete ich an große Posten Krogen und Muffe aus Skunkskanin
Große, breite Rollkragenform 9000 M
Schalform, groß . . . 8800 M
Große Fuchsform . . . 7600 M
Große passende Muffe . . . 8600 M
sämtlich mit gutem Bergefutter.
Nur solange Vorrat reicht.
Ein Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Putzhaus Tasse
Marktstraße 24.

Nordseestation!

Sonnabend, den 16. Dez., abds. 8 Uhr, findet bei mir **Hausball mit Tanzkränzchen** statt, wozu Freunde und Gönner herzlich einladet
6013] **Gustav Schaar, Neuengroden.**

Für das Werftspeisehaus

suchen wir zum möglichst baldigen Eintritt

ein tüchtiges Verwalter-Ehepaar

Werft-Wohlfahrts-Verein. (6007

Allgem. Ortskrankenkasse

für den Amtsbezirk Butjadingen.

Durch Beschluß des Ausschusses treten auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember d. J. folgende Aenderungen des Grundlohnes und der Beiträge ein:

Zur Festsetzung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder eingeteilt in solche, deren Arbeitsverdienst für den Tag beträgt:

Klasse		bis zu	Grundlohn	Beitrag pro Wochentag: Versicherte	Arbeitgeber
I		90.— M	60.— M	3.20 M	1.60 M
II	von mehr als	90.— bis 150.—	120.—	6.40	3.20
III	150.—	330.—	240.—	12.80	6.40
IV	330.—	630.—	480.—	25.60	12.80
V	630.—	830.—	720.—	38.40	19.20
VI	830.—	1090.—	960.—	51.20	25.60
VII	1090.—	1310.—	1200.—	64.00	32.00
VIII	1310.—	1690.—	1500.—	80.00	40.00
IX	1690.—		1800.—	96.00	48.00

Dieser Beschluß tritt am 16. Dezember d. J. in Kraft.

Die Versicherungspflicht ist auf **720 000 Mk.** erhöht. Nach § 12 dieses Gesetzes haben die Arbeitgeber ohne Angestellten, die bisher nicht versicherungspflichtig waren und jetzt die obige Verdienstgrenze nicht überschritten haben, spätestens bis zum 30. d. M. bei der Kasse wieder anzumelden.

Für die übrigen Versicherungspflichtigen, deren Verdienst die bisherige Höchstgrenze des Grundlohnes (500 Mk.) überschritten hat, sind die Ummeldungen ebenfalls bis zum 30. d. M. vorzunehmen.

Zuwiderhandlungen gegen die Meldevorschriften werden nach § 318 R.V.O. bestraft.

Die Kasse ist geöffnet von 8½ Uhr morgens bis 1 Uhr mittags.

Nordenham, den 13. Dezember 1922.

Der Vorstand. Lose, Vorsitzender.

Monopol

Fernruf 500. Bes.: W. Quinting. Fernruf 500.

Morgen Sonnabend
den 16. Dezember 1922, abends 8 Uhr:

Große Weihnachtsfeier

zu Gunsten unserer noch in Frankreich schmachtenden deutschen Brüder. Das Konzert wird ausgeführt von der Monopol-Hauskapelle u. der sich wiederum freiwillig in den Dienst der guten Sache stellenden Herren. Dirigent: Herr Kapellmstr. Müller. — Ferner wirken mit

Herr Inz Fildhaut, der geniale Humorist, und **Fräulein Lia Paras,** die so sehr beliebte Opern-Arien- u. Liedersängerin.

Im Interesse der guten Sache bitten wir um zahlreichen Besuch

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. **W. Quinting.**

Sonntag, 17. Dezbr., 11 Uhr morgens:
Auskegeln von Gänsen, Hasen usw.
Saake
Bremer Straße 15.

Gebr. Möbel

kauft stets höchstzahlend
Rosenthal,
Bismarckstraße Nr. 49.

Konsum- und Sparverein
für Rüstringen u. Umg.
e. G. m. b. H.

Unsere Sparkasse nimmt Spareinlagen entgegen und vergütet vom 1. Januar 1923 an

bei täglicher Verzinsung, bei kurzfristiger Kündigung . . . . . 6 Prozent
und bei halbjährl. Kündigung 8 Prozent

Zinsen, Ein- und Auszahlungen können in unseren sämtlichen Verteilungsstellen während der Verkaufszeit erfolgen, sowie in unserem Hauptkontor, Wilhelmshavener Straße 92, vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bei vollständiger Auflösung bestehender Sparkonten ist die Hauptstelle, Wilhelmshavener Straße Nr. 92, oder die Zweigstelle, Göterstraße Nr. 62, zu benutzen. Für die der Sparkasse anvertrauten Gelder haftet die Genossenschaft mit ihrem gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögen.

6011) **Der Vorstand.**

Schauspielhaus.

Freitag 8½ Uhr, Abt. 8:
Die zärtlichen Verwandten.

Sonnabend nachm. 4 Uhr
Dornröschen.

Sonntag nachm. 3½ Uhr Abteilung 10:
Die zärtlichen Verwandten.

Sonntag abend 8.15 Uhr statt „Faust"
Dornröschen.

Die angekündigte Faust-Aufführung wurde auf den 1. Weihnachtstag verlegt. Bereits gelöste Karten können umgetauscht werden.

Bürgerverein Bant.

Sonnabend, 16. Dezbr., abends 8 Uhr, im Rathaus-Restaurant (6018

Mitglieder-Versammlung

Wegen wichtiger Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Verloren

zwei Depositenscheine, Nr. 3017 und 3444. Abgeben i. d. Exped. d. Bl. Finder Belohnung.

Todesanzeige.

Nach langem Leiden starb meine liebe Frau unsere gute Mutter (5995

Maria Delor

geb. Meckelburg,

im Alter von 72 Jahren. Dies zeigt betrübt an:

Karl Delor und Familie.

Die Beerdigung findet am Montag, 18. d. M., nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Friedrichstraße 29, aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Deutscher Holzarbeiter-Verb.
Rüstring.-Wilhan.

Nachruf!

Nach kurz, schwerer Krankheit verstarb am Mittwoch, den 13. d. M., unser lieber Kollege, der Tischler

Friedr. Pawlowski

im Alt. v. 52 Jahr. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle Friedenstr. aus.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen.

Unsere Weihnachtsfeier

„für Kinder"

findet am **Montag, den 18. d. Monats,** nachmittags 6 Uhr, im großen Saale des **Parkhauses** statt. Die Mitglieder sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen. Die Berechtigungskarten für Kinder sind bei den Vertrauensleuten, Unterkassierern und im Bureau erhältlich. Kinder ohne Berechtigungskarten können an der Feier nicht teilnehmen. **Der Festausschuß.**

NB. Unsere Mitglieder-Versammlung fällt in diesem Monat aus. (6006

Bandonion-Orchester Rüstringen, gegr. 1909

Mitglied des Deutschen Konzertina- und Bandonion-Bundes e. V.

Voranzeige!

Am 2. Weihnachtsfeiertag, im Gesellschaftshaus

Große Weihnachtsfeier.

Vorverkauf ab Dienstag, 19. Dezember, bei sämtl. Mitgliedern u. H. Sadewasser, Göterstr., Zigarrengeschäft; Warmboldt Nachf., Ecke Börsen- und Prinz-Heinr.-Str., Bant. Rathaus (Hilgenfeldter), Buchhandl. Buddenberg, Schillerstraße 15. (6000

Der Festausschuß.

Hauptvereins-Geflügelschau

für Ostfriesland

veranstaltet vom Wilhelmshavener Verein für Geflügelzucht und Tierschutz **am 16. und 17. Dezember 1922 im Schlachthof.** Geöffnet am 16. Dezember, von 4 bis 7 Uhr Sachmitglieder, und am 17. Dezember 1922, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags. (6008

Sehenswerte Ausstellung.

Sämtl. Rohprodukte

wie Eisen, Lumpen u. Altmetalle kauft zu Tagespreisen

M. Kirchhoff, Alte Straße 12
Telephon 937. (3280

Strandlust

Jeden Mittwoch und Sonnabend von 7 bis 1 Uhr **Tanzkränzchen.**

Sonntags von 4 bis 7 Uhr **Kaffeekonzert** von 7 bis 1 Uhr **Tanzkränzchen.**

Konsum- und Sparverein
für Rüstringen u. Umg.
e. G. m. b. H.

Ab Montag, den 18. Dezember 1922 gilt als Ausweis für die Warenentnahme nur die

Zahlungs-Ausweiskarte über geleistete Beiträge auf Geschäftsanteil.

Dies gilt auch für die Brennstoffe, Haus- und Küchengeräte, sowie Schuhwaren. Mitglieder, die nicht im Besitze einer Zahlungsausweiskarte sind, haben eine vom Sekretariat abzuholen. Die Gesamtverwaltung sowie die außerordentliche Generalversammlung, die am 12. 12. 1922 stattfand, haben beschlossen, daß bestimmte Beträge auf Geschäftsanteil einzuzahlen sind. Mitglieder, die diesem Beschluß nicht nachkommen, haben keinen Anspruch auf Ware, ganz gleich welcher Art. Alles Nähere durch die Verteilungsstellen. **Der Vorstand.**

Metalle

wie **Kupfer, Messing usw.** kauft stets zu **höchsten Preisen**

Metall-Böwig, Grenzstr. 17. Tel. 855

Nachruf!

Mittwoch entschlief sanft nach kurzem Krankenlager bei ihrer Schwester in Berlin unsere liebe getreue Mitarbeiterin

Fräulein Karoline Stoy.

Lehrende wie Schülerinnen verehrten in ihr einen Menschen von vorbildlicher Pflichttreue und Selbstbeherrschung, von nie fehlendem Feingefühl, von großer Klugheit und reichem Wissen und von tiefer Frömmigkeit. Ihr Andenken wird unter uns in Ehren bleiben. (6028

Rüstringen, den 15. Dezbr. 1922.

Das Lehrerkollegium der Fräulein-Marien-Schule.
I. A.: Dr. Eggering, Studiendirektorin.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 293
36. Jahrgang

Beilage zur Republik.

Freitag, den 15. Dezember 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Aenderungen des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Spruchbehörden.

Durch Gesetz vom 10. 11. 1922 ist das Versicherungsgesetz für Angestellte, das am 18. 11. 1922 im Reichsgesetzblatt verkündet ist, grundlegend umgestaltet worden. Soweit es sich um die Versicherungspflicht, die Gehaltsklassen, Höhe der Beiträge und Leistungen handelt, ist es mit dem 1. November d. J. in Kraft getreten; die übrigen Bestimmungen haben Wirkung vom 1. Januar 1923 ab.

Der Kreis der Versicherungspflichtigen ist stark erweitert worden. Es sind zu versichern Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobenen und höheren Stellungen, Bureauangestellte, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung usw. beschäftigt werden, einschl. der Bureaulehrlinge und Werkstattschreiber, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, andere Angestellte für kaufmännische Dienste und zwar auch dann, wenn es sich um kein Handelsgewerbe handelt, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnenmitglieder und Musiker, Angestellte in Berufen der Erziehung des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege und aus der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und der Binnenschiffahrt, Schiffsführer, Offiziere des Deck- und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsassistenten, sowie die in einer ähnlichen gehobenen oder höheren Stellung befindlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung.

Von besonderer Bedeutung ist, daß jetzt auch die Bureau-, Handlungs- usw. Lehrlinge, fast alle Bureauangestellten, Schreiber, alle Musiker, Angestellte der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege dem Versicherungszwange unterstellt sind. Bei den Betriebsbeamten, Werkmeistern usw. kommt es nicht mehr darauf an, ob diese Tätigkeit den Hauptberuf bildet oder nicht. Versicherungspflicht besteht zurzeit bis zu einer Verdienstgrenze von 840 000 Mark. Durch diese gewaltige Erhöhung der Verdienstgrenze sind fast alle Angestellten in die Versicherung einbezogen und zwar die mit hohem Einkommen meistens gegen ihren Willen.

Angehörige der Schutzpolizei und Soldaten gelten als Pflichtversicherte, wenn sie bei der vorgesetzten Dienststelle die Versicherung beantragen. Selbständige Lehrer und Erzieher, die in ihrem Betriebe keine Angestellten beschäftigen, unterstehen ebenfalls dem Versicherungszwange.

Personen, die angestelltenversicherungspflichtig sind, unterstehen nicht mehr der Invalidenversicherung.

Versicherungsfrei sind u. a. berufsunfähige Personen und solche, die Ruhegehalt oder Witwenrente nach dem Angestelltenversicherungsgesetz oder eine Invaliden-Witwen- oder Witwenrente aus der Invalidenversicherung beziehen. Gewisse Personenkreise können, sofern sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, als Selbstversicherte eintreten. Das war bislang nicht möglich.

Die als Spruchbehörden wirkenden Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht werden abgeschafft. Als Spruchbehörden fungieren die Versicherungsämter, die Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Die in Betracht kommenden Versicherungs- und Oberversicherungsämter werden vom Reichsarbeitsminister bestimmt. Bei den Versicherungsämtern werden Ausschüsse und bei den Oberversicherungsämtern Kammern für die Angestelltenversicherung errichtet. Beim Reichsversicherungsamt werden Senate für diesen Versicherungszweig gebildet.

Durch diese Einrichtung ist eine Vereinfachung geschaffen und Gewähr dafür geboten, daß die Rechtsprechung in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung einheitlich wird.

Gehaltsklassen, Beiträge, Leistungen und Versicherungskarten.

Wie in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes 13 Gehaltsklassen gebildet. Die Stufen decken sich mit den Lohnklassen der Invalidenversicherung.

Der Monatsbeitrag beträgt in Gehaltsklasse 1: 60 Mk., 2: 100 Mk., 3: 170 Mk., 4: 280 Mk., 5: 420 Mk., 6: 600 Mk., 7: 820 Mk., 8: 1150 Mk., 9: 1690 Mk., 10: 2340 Mk., 11: 3100 Mk., 12: 3970 Mk. und 13: 4840 Mk.

Das Ruhegeld setzt sich zusammen aus dem Grundbetrage, der für alle Gehaltsklassen jährlich 720 Mk. ausmacht, aus den Steigerungsbeträgen und den Teuerungszulagen.

Die Steigerungsbeträge belaufen sich für jeden Beitragsmonat

in Gehaltsklasse	A:	0,55 Mk.	in Gehaltsklasse	1:	5,40 Mk.
„ „	B:	0,85 „	„ „	2:	10,80 „
„ „	C:	1,15 „	„ „	3:	21,60 „
„ „	D:	1,50 „	„ „	4:	39,60 „
„ „	E:	2,00 „	„ „	5:	61,20 „
„ „	F:	2,50 „	„ „	6:	90,00 „
„ „	G:	3,00 „	„ „	7:	126,00 „
„ „	H:	4,00 „	„ „	8:	180,00 „
„ „	J:	5,00 „	„ „	9:	270,00 „
„ „	K:	10,00 „	„ „	10:	378,00 „
„ „	L:	15,00 „	„ „	11:	504,00 „
„ „	M:	30,00 „	„ „	12:	648,00 „
„ „	N:	50,00 „	„ „	13:	792,00 „
„ „	O:	75,00 „			
„ „	P:	100,00 „			

für Beitragsmonate vor d. 1.11. 22 und für Beitragsmonate nach d. 1.11. 22

Die Witwen- und Witwerrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegeldes; Waisen erhalten je zwei Fünftel, Doppelwaisen je zwei Drittel der Witwen- oder Witwerrente.

Zu dem Ruhegeld, den Witwen- und Witwerrenten tritt eine jährliche Teuerungszulage von 9000 Mk., zu den Waisenrenten eine solche von 4500 Mk. Diese Zulage ist ein Bestandteil der Rente.

Hat der Ruhegeldempfänger Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich das Ruhegeld für jedes von ihnen um jährlich 960 Mk. Elternlose Enkel werden unter Umständen den Kindern gleichgestellt.

Die Beitragsentrichtung erfolgt vom 1. Januar 1923 ab durch Verwendung von Marken der Reichsversicherungsanstalt zu den Versicherungskarten. Der Versicherte läßt sich die Karte ausstellen und legt sie dem Arbeitgeber zum Einkleben der Marken vor. Die Versicherungskarte ist binnen 3 Tagen nach dem Ausstellungstage zum Umtausch einzureichen. Geschieht das nicht, so muß der Versicherte im Streitfall beweisen, daß die Anwartschaft erhalten ist.

Der Arbeitgeber, der den Versicherten während des Kalendermonats beschäftigt, hat für sich und ihn den Beitrag zu entrichten. Der Versicherungspflichtige muß sich bei der Gehaltszahlung die Hälfte des Beitrags am Lohne kürzen lassen. Die Abzüge sind auf die Gehaltszeiten gleichmäßig zu verteilen. Teilbeträge sind auf volle Mark für den Arbeitgeber auf-, für den Arbeitnehmer abzurunden.

Der Versicherte hat das Recht, die vollen Beiträge selbst zu entrichten. Tut er das, so steht ihm, wenn er die Marke vorschriftsmäßig entwertet hat, Anspruch auf Erstattung desselben Wertes durch den Arbeitgeber zu.

Eine freiwillige Versicherung ist nicht unter derjenigen Gehaltsklasse zulässig, die dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeiträge entspricht.

Die Bestimmungen über die Beitragsentrichtung, unwirksame und irrtümlich geleistete Beiträge, Beitragsstreitigkeiten, Ueberwachung der Beitragsleistung und Beitragsrückstände decken sich ziemlich mit den Vorschriften der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Ueberhaupt sind die beiden Gesetze, soweit möglich, in Uebereinstimmung gebracht. Das ist besonders im Interesse der Arbeitgeber mit Freuden zu begrüßen.

Die Nationalsozialisten.

In letzter Zeit machen sich in unserem Bezirk auch einige Nationalsozialisten bemerkbar. Es hat den Anschein, als ob versucht werden soll, hier festen Boden zu gewinnen. Wir glauben zwar nicht, daß dieses gelingen wird, aber immerhin haben wir alle Ursache, diese Leute im Auge zu behalten. Der preußische Minister des Innern, Severing, hatte kürzlich eine Unterredung mit einem Redaktionsmitglied des „Berliner Tageblattes". Auf die Frage, welche Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung beizulegen sei, antwortete der Minister, daß die Partei in Bayern wohl eine gewisse Macht darstelle, daß aber jeder Versuch, die nationalsozialistischen Methoden auf preußisches Gebiet zu übertragen, mit allen Kampfmitteln gebrochen werden würde. Ueberhaupt werde der Staat bei eventuellen Unruhen von seinen Machtmitteln den erforderlichen Gebrauch machen. Der Minister werde fortfahren, auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutze der Republik staatsfeindliche Organisationen aufzulösen, in welcher Verkleidung sie auch auftauchen.

Das ist deutlich genug gesprochen. Und man kann glücklicherweise dem preußischen Minister des Innern zutrauen, daß er seinen Worten auch Taten folgen lassen wird. Unsere Genossen tun gut, die Nationalsozialisten, da, wo sie auftreten, die nötige Beachtung zu schenken.

Die deutschnationale Landwirtschaftskammer.

Ueber die erste Sitzung der neugewählten Landwirtschaftskammer, in der die Presse nicht anwesend war, berichtet die „Landeszeitung": „Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Zuwahl von Mitgliedern aus dem Genossenschaftswesen, der Forstwirtschaft, dem Gartenbau, dem Unterrichtswesen. Hierbei ergab sich, daß der Landbund von der auf Grund der aus dem Klassenwahlrecht sich ergebenden Mehrheit rücksichtslosen Gebrauch zu machen gedenkt. Alle Vorschläge von Berufsorganisationen und Fachverbänden wurden durch Mehrheitsanträge des Landbundes unterdrückt und durch politisch rechtsgerichtete Personen ersetzt. Man kann dem Landbund nur gratulieren, denn sogar Herr Meyer-Holte, der Vater des Vierklassenwahlrechts, klagte bereimal gegen die Majorisierung, die dem Münsterlande nicht einen der zugewählten Sitze gab. — Es ergab sich schon aus dieser ersten Sitzung, daß die deutschnationale Parteipolitik des Landbundes ausschlaggebend sein wird für die weitere Tätigkeit der Kammer."

Um auch gewissermaßen nach außen hin die Gesinnung der Landwirtschaftskammerleute kundzutun, war der Sitzungssaal mit der alten großherzoglichen Staatsflagge geschmückt. Man sieht daraus, daß die oldenburgischen Landbundpatrioten gar nicht so ängstlich sind.

Wenn's so weitergeht.

Wenn der Dollarsprung und die Teuerung so forcisahren, kann man für das Jahr 1924 prophezeien: Der Dollar sieht auf 50 000, die Mark hat einen Wert von 0,000001 Pfennig. Der Reichshaushalt beziffert sich auf

123 456 789 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mark

und hat ein Defizit von gleicher Länge, trotzdem die Steuern vervielfacht und vermehrt worden sind. Man rechnet nicht mehr nach Einern, Zehnern, Hunderttern und Tausendern, sondern nur nach Millionen, Milliarden, Billionen, Trillionen und Quadrillionen. Der Druck von Büchern ist verboten, weil alles Papier zum Druck von Banknoten gebraucht wird. Die Reichsdruckerei liefert alle Wochen einen Eisenbahnzug mit Papiergeld, Jedermann läuft mit einem Rucksack herum, worin die Geldscheine verstaut sind. In den Buchdruckereien müssen große Nachbestellungen von Ziffern, besonders von Nullen, gemacht werden, um die dreimal täglich steigenden Preise bekanntzugeben. Auf den Dörfern sieht man ganze Schober Papiergeld im Freien, weil es in den Häusern nicht mehr Platz hat. Wächter sind nicht nötig, weil ein Strohhalm wertvoller ist als ein Papierschein. Der Völkerbund und die sonstigen Institute für Freiheit, Völkerwohlfahrt und andere schöne Sachen sind immer noch bemüht, die französischen Klemenceiaue zur Vernunft zu bringen. Da eine sehr gute Ernte 1924 ist, steigt der Dollar im Sommer auf 60 000 und eine Kartoffel kostet 100 000 Mark. Die Kommunisten haben die 50. (Jubiläums-) Parole zur Weiterlösung erfunden und sich mit den Deutschnationalen zu einer Partei vereinigt unter dem Kampfruf: Tod der Republik, hoch ein kommunistischer König!

Da das Briefschreiben und sonstiger Postverkehr inzwischen ein Luxus geworden ist, so erfolgt die Briefbestellung monatlich nur noch einmal. 5987 Geheime und Wirkliche Geheime Post- und Eisenbahnräte arbeiten angestrengt, um die monatlich sich verdoppelnden Gebührensätze und Eisenbahntarife auszurechnen. Folgende Lustbarkeitssteuern kommen zur Einführung: Eine Steuer auf den Besuch der Schwiegermutter; eine Klosettsteuer, wobei die Größe der „Produktionsstätte" als Maßstab dient; Frauen bezahlen aber nur die Hälfte ihres geometrischen Ausmaßes; eine Automobilgestank-Rechtsteuer; eine Briefmarken-Lektsteuer; die Unternehmer zahlen außerdem eine Invaliden- und Steuermarken-Rechtsteuer; eine Heiratssteuer; eine Steuer auf das Betreten des Bahnhofs und eine solche auf das Lösen der Fahrkarte; eine Steuer auf den Geburtstag und schließlich

---

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(Nachdruck verboten)

71)

Als sie zur verabredeten Stunde das Continentalhotel betraten, war Martin über die Sachlage wohl unterrichtet und hatte bereits seiner Ansicht energischen Ausdruck gegeben, indem er erklärte, daß Philipp einfach nach Dalldorf gehöre, falls er wirklich auf der Scheidung bestehe.

Die Begrüßung der verschiedenen Familienzweige im Hotel war eine regelrechte Komödie. Wilhelm streckte seinen Bauch und seine breite Rechte mit gleicher Würde vor, versuchte aber, den Ton seiner Begrüßungsworte recht niedersächsisch-gemütlich zu färben. „Na, mien' ol'n Jung', we geiht di dat?" sprach er Martin an.

Und dieser, im Gefühle seiner armen Schluckerhaftigkeit dem gewichtigeren Erstgeborenen gegenüber, setzte etwas beschwerlich und versetzte hochdeutsch: „Danke, man muß zufrieden sein."

Ein wahrer Genuß aber war es für einen Menschenfreund, zu beobachten, wie Mite Jürgsch von der geborenen Freiin von Barnim begrüßt wurde; denn diese Lehrerin, die ihrem Manne ein natürliches Kind in die Ehe gebracht hatte, war selbstverständlich in den Augen der frommen Dame nach wie vor eine „Person". Die Aufgabe, eine „Person" zu begrüßen, ohne die Gesetze christlicher Familiensitte allzusehr zu verletzen, löste die geborene Freiin von Barnim mit erstaunlichem Talent. Sie schlängelte ihre schmale, lange Hand von oben herunter dieser Schwägerin entgegen, so daß sie wie zum Fingerkuß dargeboten vornehm in der Luft hing. Und die unumgängliche Freundlichkeit markierte sie durch eine nur bis zur Preisgabe der beiden goldplombierten Schneidezähne gehende Schürzung der Oberlippe, und während sie ihr die Verlegenheit angedeihen ließ, daß sie sich sehr freue, endlich ihre persönliche Bekanntschaft zu machen, sah sie an ihr vorbei und heftete ihre Kennerblicke auf Carrys allerliebsten Hut. Die geschmackvolle Eleganz dieser kleinen schwarzen Schwägerin war ihrer puritanischen Einfachheit ein Greuel. Aber dennoch sprach sie eine halbe Stunde lang mit Carry ausschließlich über deren entzückende Toilette. Während des nun folgenden Frühstücks, zu dem Bruder Wilhelm die ganze Familie einlud, richtete Frau Angelika an Mite überhaupt nur das Wort, um sie zum Zulangen aufzufordern oder einige Bemerkungen über das Wetter zu machen.

Während der ganzen Dauer der Mahlzeit wurde der bitterernsten Dinge, um die es sich handelte, mit keiner Silbe Erwähnung getan. Familienkleinschwatz, Austausch von Reiseerlebnissen zwischen Carry und Angelika, politische Aphorismen, die sich die drei Männer leisteten — das war alles. Martin entwickelte einen guten Appetit und Philipp trank sich Mut.

Als die Tafel aufgehoben worden war, ging man in einen reservierten kleinen Salon nebenan. Und da sollten die Verhandlungen ernsthaft in Angriff genommen werden. Zunächst bedienten sich die Herren der echten Zigarren Wilhelms, und es wurde eine ganze Weile über die letzten Ernten auf Havanna und die wahrscheinlichen Folgen des spanisch-amerikanischen Krieges für die deutsche Tabakindustrie gesprochen. Als dies Thema erschöpft war, trat eine Pause ein. Auch die Damen unterbrachen ihr Gespräch in dem Gefühl, daß es nun an der Zeit sei, endlich zur Tagesordnung überzugehen. Wilhelm wechselte mit seiner Frau einen Blick, dann steckte er zwei Finger zwischen seine untersten Westenknöpfe, rückte sich bequem in seinem Sessel zurecht und begann also: „Na, um nun mal von der Angelegenheit zu sprechen, die uns hier zusammengeführt hat: — ich weiß nicht, ob du orientiert bist, lieber Martin?"

Martin nickte bejahend und Wilhelm fuhr fort: „Meine Frau und ich haben uns die Sache reiflich überlegt. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, dir, lieber Philipp, und dir, liebe Schwester, folgenden Vorschlag zu machen: Da Philipp auf der Scheidung doch nur deshalb besteht, um bei seinen Geschäftsfreunden keinen Anstoß zu erregen, deren Unterstützung er in seiner gegenwärtigen Krisis nötig hat, so scheint uns der springende Punkt der ganzen Angelegenheit der zu sein, Philipp zunächst einmal geschäftlich wieder rauszureisen."

Philipp Dorn, der ganz in sich zusammengesunken dagesessen war, reckte sich mit einem Seufzer auf und rief überrascht: „Ach, wenn du das wolltest, lieber Wilhelm! Das ist ja mehr, als ich ..."

„Na ja, na ja — man erst abwarten," wehrte Wilhelm ab. „Voraussetzung ist natürlich, daß das auf einer finanziell möglichen Grundlage geschehen könnte. Ich glaube, ihr seid geneigt, meine Verhältnisse etwas zu überschätzen; aber immerhin wäre es ja denkbar, daß sich ein Ausweg finden ließe. Ich müßte natürlich deine Bücher sehen und über alles vollkommen Klarheit erlangen. Ich brauche dich nicht daran zu erinnern, lieber Philipp, daß ich dir schon öfters aus der Patsche geholfen habe; und da du trotzdem immer wieder hineingeschlittert bist, so kannst du es mir nicht übelnehmen, wenn ich allmählich zu der Ansicht gekommen bin, daß du gerade kein berühmter Geschäftsmann bist. Da wäre also in dieser Beziehung vermutlich eine einschneidende Aenderung notwendig; aber ich denke, es wird dir nur angenehm sein, wenn du nicht mehr die ganze Verantwortung allein zu tragen brauchst, sondern deine Kraft mehr auf die rein technische oder ich will mal sagen wissenschaftliche Seite deines Betriebs werfen kannst. — Da euer Zweig der Familie der einzige ist, den der Himmel mit Kindern gesegnet hat — — äm! — — —"

Martin blickte scheu zu seiner ihm schräg gegenübersitzenden Frau auf, und Mite zuckte kaum merklich die Achseln. Wilhelm und seine Gattin hatten diesen stummen Zwischenruf wohl bemerkt, wie ein leichtes, lawinenhaftes Bibrieren der Nasenflügel Frau Angelikas bewies.

Aber Wilhelm fuhr unbeirrt fort: „Wir dagegen werden auf direkte Erben höchstwahrscheinlich verzichten müssen. Eure Kinder würden also einmal das nächste Anrecht darauf haben, nach unserm Hintritt die Früchte meines Fleißes zu genießen. Im Hinblick darauf würde ich also die Summe, die ich jetzt eventuell aufwenden müßte, um dich, mein lieber Philipp, wieder flott zu machen — — äh — — als einen Vorschuß auf die Erbschaft deiner Kinder betrachten. Meine liebe Frau hat ja — wir wollen das mal ganz ehrlich aussprechen — kein direktes Interesse daran — — äh — — mein Geld der Familie erhalten zu sehen. Ihr wäre es bei ihrer ganzen Sinnesart gewiß sympathischer, wenn ich durch wohltätige Stiftungen dafür sorgte, daß mein Name in Lübeck in gutem Andenken bleibt. Aber sie will sich trotzdem freudig — das darf ich wohl sagen, liebe Angelika? mit meinem Vorhaben einverstanden erklären, wenn ihr dafür ein Herzenswunsch erfüllt wird. Und darum mache ich euch den Vorschlag, uns euren jüngsten Sohn vollständig zu überlassen. Der Junge hat mir gestern sehr gut gefallen, ich habe Angelika davon erzählt, und sie ist bereit, Wölfchen an Kindesstatt anzunehmen!"

„Aber das ist doch unmöglich!" rief Carry in großer Aufregung. Sie schlug ihre Hände ineinander und streckte sie wie beschwörend, von einem zum andern um Hilfe schreiend, dem Kreise der Verwandten entgegen.

Martin zupfte an seinem Schnurrbart, Philipp riß an seinen Fingern, Mite hielt ihren teilnahmsvollen Blick aufmerksam auf Carry gerichtet und Wilhelm und seine Gattin schauten mit vornehmer Ruhe über die kleine Versammlung hin.

Da niemand ihr mit einem Wort zu Hilfe kam, fuhr Carry fort, mühsam gegen ihre Erregung kämpfend: „Ihr könnt mir doch mein Kind nicht nehmen! Ich bin doch seine Mutter — ich will doch meinen letzten Blutstropfen hergeben für das Kind, wenn es sein muß! Bin ich denn so arm oder so verwahrlost, daß ich daran denken könnte, mein Kind zu verkaufen?!"

Jetzt sprachen sie alle zusammen. Trost- und Beruhigungsworte, besangen, undeutlich. Nur Philipp sagte nichts; aber seine Lippen bebten. Er erhob sich von seinem Platz, trat hinter Carrys Stuhl und versuchte ihr beruhigend über die Schulter zu streichen.

Da fuhr Carry wild auf: „Ach, laß mich, du . . ich weiß schon, du zitterst ja doch bloß um dein Geschäft und deine Stellung und deine sogenannte Ehre! — Ich bin fertig mit dir! In dieser Nacht bin ich mir klar geworden — ich bleibe nicht mehr bei dir, auch wenn du deine Klage zurücknehmen wolltest. Auf den Knieen könntest du mich bitten, und ich würde doch nicht bei dir bleiben; denn du hast dich in meinen Augen verächtlich gemacht! Ich werde auch nicht dulden, daß du meine Kinder verkauft — ich nehme die Kinder mit mir und ich werde auch für sie sorgen!"

Jetzt drangen sie alle auf, drängten sich um Carry und redeten alle zugleich auf sie ein. Nur Frau Angelika hielt sich fern, und ihre hochmütige Miene sprach es deutlich aus, wie sehr ihr solche Gefühlsausbrüche unangenehm waren.

Carry verstand nicht, was sie andern von ihr wollten. Sie hatte nur das Gefühl, daß man ihr leidenschaftliches Empfinden nicht begreife, und daß sie keine Hilfe von ihren nächsten Verwandten zu erwarten habe. Das peitschte sie in noch wildere Aufregung hinein, und sie wußte selbst nicht, was sie sagte; aber sie sprach fortwährend mit lauter Stimme gegen die andern an und gebrauchte harte Worte — nicht nur gegen Philipp, sondern auch gegen die anderen Verwandten.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

ine Steuer auf den Glauben an die Heldengröße Wilhelms, was seine zweite Frau das „Kuschen" beigebracht hat.

Auf dem Lande wird in den Hühnerställen täglich der Dollarstand angeschrieben; Hühner, die billiger legen wollen, werden vom Hahn boykottiert. Der Landbund ist auch mit den Bullen in Verbindung getreten, um mitleidige Kühe durch Entziehung der Liebe zu bestrafen. Die Zeitungen berichten von einem Manne, der mit einer Zigarre gesehen worden ist, es wird vermutet, daß es Rotschild oder Stinnes war. Ein Billionär muß es mindestens gewesen sein. Auf Antrag eines Vertreters der schwarzen Rasse beschließt der Völkerbund, über Europa ein Dach bauen zu lassen, damit das europäische Narrenhaus kommenden Zeit werde.

Rüstringen.

Stadtratssitzung. Eine Sitzung des Stadtrats findet am Montag nachmittag 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Wilhelmshavener Straße statt. Tagesordnung: 1. Erhöhung der Steuer nach dem gemeinen Wert (2. Lesung). 2. Anstellung einer hauptamtlichen technischen Lehrerin für die Schule Siebethsburg. 3. Einrichtung einer 6. Klasse der Comeniusschule. 4. Niederschlagung von unbeitreibbaren Armenkosten. 5. Wahl einer Kommission für das Feuerlöschwesen. 6. Geschäftsordnung und Satzung des Arbeitsamtes Rüstringen-Wilhelmshaven. 7. Einrichtung einer Dienstwohnung für den Lagerplatzaufseher. 8. Nachbewilligungen: a) Beleuchtungsanlage im Feuerwehrschuppen zu Schaar, b) Dachreparatur am Hause Schulstr. 17, c) Instandsetzung des Fußbodens in den Bureauhäuschen, d) Verlegung des Fernsprechanschlusses vom Mühlenweg nach der Kaserne, e) Lichtanschluß im Alort im Rathaus Adelaidstraße, f) Zuschuß für den Kindergarten der katholischen höheren Mädchenschule, g) Zuschuß für den Küstenkanalverein, h) Beschaffung von Lernmitteln für mittellose Schüler, i) Zuschuß für einen Teilnehmer am Lehrgang für Brandmeister.

pr. Lehrerverein Rüstringen. Der Vorstand des Lehrervereins wurde in der letzten Versammlung wie folgt zusammengesetzt: Wintermann 1. Vors. (Blumenstr. 17), Hartjen 2. Vors., Harms 1. Schriftf., Hinrichs 2. Schriftf., Raupke Rechnungsführer, Stührenberg, Müller, Schmidt, Boch, Oldewage, Grape u. Frl. Kuhlmeh als Beisitzer.

pr. Weihnachten. Das Weihnachtsfest steht wieder vor der Tür; für viele ist's ein frohes Familienfest, für sehr viele andere bringt es infolge der ungeheuren Teuerung das alltägliche Leben mit seinem Kummer und seinen Sorgen um den Lebensbedarf. In letzterer Beziehung ist es besonders übel bestellt um die alten Leute und Kleinrentner, die keinen Verdienst mehr haben. Es ergeht daher, wie in früheren Jahren, die Bitte, zum Weihnachtsfest besonders dieser Leute zu gedenken. Wenn auch das Wohlfahrtsamt der Stadt für sie nach Möglichkeit sorgt, so kann es doch nicht über ein gewisses Maß hinausgehen, und noch viel zu tun bleibt übrig. Wer daher am Weihnachtsfest für unsere alten Rentner, für die alten Mitbürger im Altenheim an der Friedenstraße und für unsere Aermsten im Armenhause am Banter Weg etwas übrig hat, der denke an sie. Alle Gaben, besonders Nahrungs- und Genußmittel, Kleider und Geld, sind willkommen.

Hauptzer-Verbot. Das Staatsministerium erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der §§ 14 Abs. 1 und 17 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (R. G. Bl. S. 585 ff.), werden für den Landesteil Oldenburg Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen des Louis Haucher und seiner Anhänger verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 19 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik mit Gefängnis bestraft.

Personalien. Der Oberamtsrichter Hartong in Varkenfeld ist zum 20. Januar 1923 an das Amtsgericht in Oldenburg versetzt. — Der Geheime Justizrat Bothe in Oldenburg ist zum 1. Januar 1923 zum Amtsgerichtsdirektor ernannt. — Der Amtsgerichtsdirektor, Geh. Justizrat Rüder in Oldenburg ist zum 1. Januar 1923 in den Ruhestand versetzt. — Zum 1. April 1923 sind versetzt: der Studienrat Dr. Hempel vom Mariengymnasium in Jever an das Realgymnasium in Rüstringen, der Studienrat Lennartz vom Realgymnasium in Rüstringen an das Mariengymnasium in Jever.

pr. Einbruchsbericht. Auch heute wieder müssen wir eine lange Liste gestohlener Gegenstände veröffentlichen. Den Dieben ist nichts mehr heilig. Gestohlen wurde in der Nacht zum 13. d. M. mittels Einbruchs aus dem Kaninchenstalle eines Anwohners der Roonstraße Nr. 200 ein dunkelgraues, schlachtreifes und ein Paar Wiener-Kaninchen mit acht vier Wochen alten Jungen; im Laufe des vorigen Sonntags einem Bewohner des Hauses Schaarbeich 6 mittels Einbruchs Vorräte an kondensierter Milch, Zucker, Kakao, Reis, Mehl, Butter, Schmalz, Talg, eine weiße wollene Mädchen-Strickjacke, eine desgleichen Herren-Strickjacke, 6 Meter blau-weißgestreiftes Schürzenstoff, 16 Meter Kessel; vom Haus Peterstraße 87 sind die Türklinken aus Bronze gestohlen worden; desgleichen vom Haus Ecke Mellum- und Uhlandstraße; dem Händler Herzog in der Peterstraße 100 aus der Waschküche ein Waschkessel, innen emailliert, von der Bodenkammer desselben Hauses ein eiserner Ofen; aus dem Hausflur Peterstraße 50 ein angeschlossenes Fahrrad, Marke „Schützenrad", mit gelben Felgen und Schutzblechen, sowie schwarzem Rahmen; aus der Waschküche des Hauses Mühlenstraße 12 eine gußeiserne, 70 bis 80 Zentimeter lange Saugpumpe mit etwa 1,80 langem Meßingrohr; aus einem Hause der Rüstringer Straße ein Paar Seestiefel, Größe 42; aus dem Hausflur Lilienburgstraße 13 ein Fahrrad, schwarz emailliert, mit nach oben gebogener Lenkstange und Celluloid-Handgriffen sowie schwarzem Gepäckhalter; in der Nacht zum Freitag voriger Woche dem Wirt Klemmsen im „Augustiner" zwei Fensterscheiben mittels Pflastersteins eingeworfen; in der gleichen Nacht aus dem Hause Ebkeriege 13 16 Mettwürste, 8 Leberwürste, 8 Lungenwürste, eine Sülze, drei Speckseiten und zwei Kasseler Würste gestohlen; vor dem „Heppenser Bürgergarten" desgleichen ein angeschlossenes Fahrrad mit schwarzem Rahmen, hinterem neuen Excelsior-Gummireifen, Sattel mit roter Plüschdecke; aus dem Schienenstrang in der Umfangstraße zwischen Kilometerstein 4,5 und 4,8 ein Paar kürzlich eingesetzte Laschen und zwei neue Schraubenbolzen; aus der Baubude an der Umfangstraße bei Fort 2 (Schaar) ein Engländer, ein Fußlappen, eine Kneifzange, ein paar Krampen, das vorhandene Altmetall, ein Hammelbeil, ein kleiner Hammer, eine kleine Rohrzange usw.; aus der Schule Hafenstraße ein großer kupferner Waschkessel; aus einer Dienststelle der Deutschen Werke eine silberne Remontiruhr mit Gehrand, Nr. 187 038. Es ist dringend erforderlich, daß die gesamte Einwohnerschaft mithilft, den Dieben das Handwerk zu legen, denn gegen derart überhand nehmende Diebereien ist unser behördlicher Schutz zu schwach. — Anfang dieses Monats wurden von der Hausfront der alten Schule zu Neuende sechs bis sieben Meter Abflußrohr von Dieben abgenommen und gestohlen. — Die Türklinken wurden in der letzten Zeit entwendet von den Türen der Häuser Grengstraße 19 und Peterstraße 104. Vor Ankauf wird gewarnt!

Meisterprüfung. Ihre Meisterprüfung bestanden vor der Handwerkskammer zu Oldenburg die Mechaniker Benning und Reuschel aus Wilhelmshaven und Melchien aus Rüstringen. Sämtliche Herren bestanden mit dem Prädikat „Recht gut".

pr. Fremdenlegion. Mit Bedauern ist festzustellen, daß die Zahl der Anwerbungen zur Fremdenlegion nicht geringer wird, und daß sich sogar viele junge Leute bei den französischen Werbebüros freiwillig einfinden. Der Reichsminister gibt nun bekannt, daß bei der großen Anzahl der vorliegenden Gesuche um Befreiung von minderjährig Angeworbenen und mit Rücksicht auf die hohen Kosten für die an Frankreich zurückzuerstattenden Werbeprämien von je 500 Francs Anträge künftig nur dann Berücksichtigung finden können, wenn die Angehörigen einen wesentlichen Teil der Kosten selbst übernehmen. Nur bei größter Notlage der Antragsteller könne eine Beihilfe gewährt werden. Die Warnung vor dem Eintritt in die Fremdenlegion kann nicht eindringlich genug wiederholt werden. Eltern, Erzieher und alle Personen, die mit Jugendlichen zusammenkommen, wollen deshalb nicht verfehlen, in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken.

pr. Schont die Grünanlagen auch im Winter! Der Grünschmuck der Stadt, der im Sommer das Straßenbild so vorteilhaft beeinflußt, muß schon im Winter vorbereitet werden durch Pflege der Pflanzen, Bearbeiten des Erdreichs usw. Diese Anlagen und besonders junge Anpflanzungen bedürfen des Schutzes des Publikums auch im Winter. Eltern mögen daher ihre Kinder von solchen Anlagen fernhalten. Dieser Wunsch ist in besonderem Maße hinsichtlich der Grünstreifen und Anpflanzungen der Siebethsburger Straße an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Doppelversicherung. Mit dem 1. 1. 23 wird die Doppelversicherung in der Invaliden- (Hinterbliebenen-) und Angestelltenversicherung beseitigt. Von diesem Zeitpunkte an ist auch die freiwillige Versicherung in beiden Versicherungszweigen nicht mehr zulässig. Die bislang für beide Versicherungen geleisteten Beiträge sind nicht verloren, sondern kommen bei der Rentenberechnung in Betracht. Wird die Angestelltenrente gewährt, so zählen die Invalidenversicherungsbeiträge und umgekehrt bei der Gewährung der Invalidenrente die Angestelltenversicherungsbeiträge mit. Die Anwartschaft aus den Quittungskarten der Invalidenversicherung geht auch ohne Beitragsleistung nicht verloren, wenn Angestelltenversicherungsbeiträge entrichtet werden.

Wilhelmshaven.

Betr. Ausgabe der Steuerbücher für 1923. Nach der heutigen Bekanntmachung des Magistrats findet die Ausgabe der Steuerbücher für das Kalenderjahr 1923 am Montag den 18. und Dienstag den 19. 12. in Zimmer 1 des Rathauses statt und zwar für die Arbeitnehmer mit den Anfangsbuchstaben A—K am Montag und mit den Buchstaben L—Z am Dienstag von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags.

Hauptvereins-Geflügelschau. Der Wilhelmshavener Verein für Geflügelzucht und Tierschutz veranstaltet am 16. und 17. Dezember die Hauptvereins-Geflügelschau für Ostfriesland in der großen, hellen Rinderschlachthalle des Schlachthofes hier. Die Ausstellung ist aus Wilhelmshaven, Rüstringen und vielen Orten Ostfrieslands reichlich beschickt worden, sie gibt ein anschauliches Bild von dem hohen Stande der Rassezucht in unserer Gegend. Der Besuch der Ausstellung kann besonders empfohlen werden, da alle Rassen in nur besten Exemplaren vertreten sind. Geflügelliebhaber finden Gelegenheit, nur erstklassige Tiere zu angemessenen Preisen zu erwerben.

Winke für den Versand von Weihnachtspaketen. 1. Warte mit der Versendung der Weihnachtspakete nicht bis zum letzten Augenblick, sondern bringe sie möglichst frühzeitig zur Post, damit sie rechtzeitig eintreffen. 2. Verpacke sie haltbar und sicher; 3. Gib in der Paketaufschrift den Empfänger genau an und schreibe besonders den Namen der Poststadt groß und deutlich. 4. Lege ein Doppel der Paketaufschrift obenauf in das Paket, damit auch im Falle einer Beschädigung oder eines Verlustes der Fahne der Empfänger ermittelt werden kann. 5. Gib den Namen des Absenders auf der Außenseite des Pakets an. 6. Verschicke du leere Pappschachteln, Kisten usw., so schreibe auf die Paketkarte das Wort „Leer". 7. Liefere die Pakete nicht in den Hauptverkehrsstunden auf und beklebe die Paketkarte vor der Einlieferung mit den erforderlichen Freimarken, dann wirst du schneller abgefertigt. 8. Einschreibpakete und Wertpakete bis 10 000 Mark brauchen nicht versiegelt zu sein.

Mitnahme von Handgepäck und Traglasten in die Personenwagen. In immer zunehmendem Maße werden von den Reisenden Gepäckstücke oder Traglasten unter Ueberschreitung der vorgeschriebenen Höchstmenge in die Personenwagen mitgenommen, was nicht nur das Abfertigungsgeschäft in den Zügen erschwert, sondern auch die Bewegungsmöglichkeit in den Abteilen erheblich behindert. Die Reichsbahndirektion war daher gezwungen, eine verschärfte Ueberwachung nach dieser Richtung anzuordnen. Gegenstände, die nicht in die Personenwagen mitgenommen werden dürfen, werden nachträglich als Gepäck oder zu hohen Expreßgutsätzen abgefertigt. Nach den maßgebenden Tarifbestimmungen können als Handgepäck in der 1., 2. und 3. Klasse nur so viel leicht tragbare Gegenstände befördert werden, als der Reisende über und unter seinen Sitzplatz unterbringen kann. Handgepäck auf die Sitzplätze zu legen, ist unzulässig. In der 4. Klasse darf jeder Reisende nur eine Traglast bis zum Höchstgewicht von 50 Kilogramm mit sich führen, die auch aus mehreren Stücken bestehen kann.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Schauspielhaus. Vielfachen Wünschen entsprechend, hat sich die Direktion entschlossen, das Weihnachtsmärchen auch am Sonntag abend zu geben. Die angekündigte Faust-Aufführung ist auf den 1. Weihnachtstag verlegt. Gelöste Karten können umgetauscht werden.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Arbeiter-Jugend Rüstringen-Wilhelmshaven. Heute abend 8 Uhr: Bezirksführersitzung im Parteibureau.

N. St. u. M. Am Sonnabend abend 7½ Uhr: Fraktionssitzung im Parteisekretariat, Peterstr. 76, II.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schah, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Friesisches Jungvolk.

Von Hans Dittmer.

(Schluß.)

Jan Stroh war lustig eingeschlafen; mit Sorgen wachte er schon in der Frühe auf. Nicht aus Furcht vor der Mutter, die tat ihm jetzt nichts mehr. Aber er mußte den Nachbar nicht kennen, wenn der nicht wegen des Steinwurfs das Strafgericht des Lehrers auf ihn herabbeschwor.

Er zerbrach sich den Kopf, was er nun machen sollte; endlich fuhr er voll Glück aus den Federn.

Ja, wenn nicht Peter, der Heiligendorfer Ziegenbock, bei ihnen aufgestallt gewesen wäre! An diesem Morgen saß Jan ein geschlagenes halbes Stündchen bei seinem bärtigen Freund und hielt verborgene Zwiesprach mit ihm. „Peter, du mußt mi helpen!" — „Dat versteiht sick doch!" sagte der Bock und gab ihm zur Bekräftigung einen leichten Stoß ins Rippenwerk. Und er tat wirklich alles, was er konnte.

Er war nämlich — die Wahrheit zu sagen — nach seiner bürgerlichen Bestimmung mit einer Eigenschaft behaftet, die ihn im ganzen Dorfe ruchbar machte. Dieser Makel färbte sozusagen ab auf seinen unschuldigen kleinen Herrn. Aber Jan Stroh war dem Uebeltäter doch nicht gram darum. Denn Lehrer Harms, so alt er war, hatte eine empfindliche Nase, und wenn sich der gute Peter durch seinen Mittelsmann einmal zu frech bemerkbar machte, konnte es geschehen, daß Jan von der strafenden Gerechtigkeit an die Luft gesetzt wurde.

An diesem Tage aber mußte Peter ihn in die Hexenküche selber geführt haben. Denn mit der Pestilenz der Hölle ausgerüstet begab der Junge sich auf den Schulweg.

Mit lachendem Mund, doch schweigsam, trat er in den summenden Raum; nur doch er keine Holzschuhe mehr hatte. Er legte pomadig die Schiefertafel mit dem Lesebuch unter die Bank und gab noch seinem Nebenmann einen unerwarteten Knuff in die Seite, um so die Stimmung herzustellen, in der er sich erst wohl fühlte. Er hatte nun ja keine Sorgen mehr. Da er und die Mutter sich jetzt von einem gemeinsamen Feind befehdet wußten, so war der Friede mit ihr selbstverständlich; sie hatte ihm auch das strubbelige Haar so sauber gescheitelt wie jeden Morgen. Im übrigen saß er mit Vergnügen, daß die Kameraden langsam von ihm abzurücken begannen.

Nun stand der Lehrer in der Klasse. Wird es wohl gut gehen? Er schnüffelt so garnicht!

Der Lehrer schlägt ruhig die Bibel auf, um mit der schlimmen Geschichte von Sodom und Gomorrha fortzufahren. „Hm", denkt Jan Stroh, „jetzt kommt doch noch eine BS!" Ein Verdacht steigt ihm auf. Da reift er denn das Segel, solange es Zeit ist; er packt sein dauerhaftes Schreibbesteck und schiebt es heimlich an die Stelle seiner Manchesterhose, welche in solchem Fall am wenigsten seetüchtig ist.

Da unterbricht sich der greise Lehrer und tupft das Taschentuch übers Gesicht, als ob ihm etwas durch den Kopf ginge; auch hüstelte er zweimal in alter Gewohnheit.

„Dat sind de Sturmwolken", denkt Jan Stroh; er ruft den Geist des treuen Ziegenbocks und macht sich noch einmal der Sicherheit wegen mit der Hand hinten zu schaffen.

Nun faßt der Alte seine Bibel. „So ... wo waren wir doch, hm —; es regnete Pech und Schwefel ... Pech und Schwefel —"; er tut einen nachdenklichen Blick aus dem Fenster; „Jan Stroh!" sagt er dann unvermittelt, „komm mir mal her!"

Jan Stroh tritt aus der Bank; und weil der Alte sich um die von Peter gedorgte Waffe diesmal nicht kümmert, denkt er an nichts als an sein Rechenheft: So hättest du in den Ofen gehört, dafür aber sollst du jetzt —.

„Was hast du wieder verbrochen, Jan Stroh? Da war denn nun das Unglück da.

Lehrer Harms wußte, daß bei dem widerspenstigen Jungen mit Ueberrumpelung am meisten gemacht war; er hatte sich in weiser Voraussicht neben dem Torfsatz hingestellt, um ihn sogleich darüberzulegen. Aber der Junge roch schon den Speck und blieb, wo er war.

Da lief dem alten Lehrer die Galle über. Mit einem Griff hatte er den Bengel am Kragen und warf ihn also übers Knie, um ihm das Fell zu gerben.

Leider gab es nun ein Mißverständnis. Während dem Jungen, der bis dahin an der Berechtigung des Strafvollzuges durchaus nicht gezweifelt hatte, der Stock auf die klappernde Hose sauste, schrie der Alte im Takt: „Ich will die helfen, andermanns Fenster zu Schanden zu schmeißen!"

„Was habe ich getan?" ließ sich sogleich aufgrollend Jan Stroh vernehmen.

„Ich will dir helfen!" Da begab sich der unerwartete Zwischenfall.

Der Junge in seinem Rechtsempfinden verletzt, suchte sich nun auf jede Art zu befreien. Aber der Lehrer hielt auch fest; so ritten sie miteinander durch die Schulstube.

Als nun Jan Stroh merkte, daß er doch auf die Dauer der Schwächere blieb, haschte er sich in der Verzweiflung blitzschnell einen Griffel und setzte damit dem ahnungslosen Mann an einer Stelle zu, wo diesen nicht Lederhose und Rechenheft schützten.

Der Lehrer war starr. Der Junge aber fand im Getümmel den Weg ins Freie und machte, daß er an den Hafen kam, wo er vor Ueberraschungen sicher war. Da wehte und rauschte wieder der Wind; die Wellen kamen in weißem Marsch von England herüber; der Himmel brannte in blauer Glut. Da lachte Jan Stroh, daß seine gesunden Zähne blitzten.

Straßenbahner.

Von Max Dortu.

Da ist hinter den selbstherrlichen Willensäußerungen der Menschen eine höhere Kraft, ein größerer Geist, eine ernste Vorsehung, die alles nach ihrem Eigenwillen lenkt.

Was diese höhere Kraft ist, das weiß ich nicht. Ich will auch nicht darüber nachsinnen. Es genügt mir zu wissen, daß alle meine Schritte weise gelenkt, gut berechnet und vorwärtsführend sind.

Seit einigen Wochen bin ich Straßenbahner.

Ich bin Wagenführer.

Die Hand an der einschaltenden Kurbel, den Fuß auf der Bremsvorrichtung, den Blick bis zum Zerspringen geschärft, umflattert von den Eisnadeln der kalten Februarluft; so fliege ich tagaus und nachtein durch den gärenden Bauch der Großstadt.

Ich bin wie ein blitzendes Messer, das scharf schneidend hin und her fährt.

Ich bin wie ein ärztlicher Untersucher: Ich untersuche den Bauch der Großstadt.

Vor mir purzeln die verschiedenen Erscheinungen aus Magen und Gedärm der Stadt heraus.

Nichts entgeht mir.

Alles hat in meiner Seele seine Reflexe.

Ich komme am Postgebäude vorbei. Wie in diese breiten, grün-bronzigen Tore der Strom der übernervösen Geschäfter hineinfließt! Die Post ist die Niere in der Bauchhöhle der Großstadt.

Und das mächtige gotische Rathaus — ist es nicht die Leber dieser Stadt? Ein Organ der notwendigen Gemeinsamkeit? Ich weiß wohl, daß dieses Organ krank ist — aber das betrübt mich nicht weiter — denn ich kenne den großen Helfer, der alle Krankheiten heilt. Es ist derselbe Geist, der mich hier an meine eiserne Messingkurbel gefesselt hat. Haltestelle Zoologischer Garten. Ich höre Löwengebrüll und Tigergestetiche. Wut wird laut gegen den Käfig. Aber ist nicht die ganze Stadt ein Käfig?

Opernhaus. Wie schön die beweglichen Gestalten der graziösen Choristinnen sind. Aber hinter ihnen her schnuppern die gelbmäuligen Hyänen: Die Lüstlinge der kreischenden Börse und die Fettbäuche der blutigen Bankpaläste.

Früh morgens! O die Fahrten in der allerersten Frühe: Das sind meine glücklichsten Fahrten. Da führen wir der Großstadt heißes Blut in ihre Innenorgane hinein. Arbeiter und Arbeiterinnen tragen wir an ihre Wirkungsstätten: Hand- und Kopfarbeiter.

O diese Arbeiter, die so widerwillig hereinfahrenden Arbeiter — sie sind das Allerhaltende in der Stadt.

Ihr Herz ist zwar wie meines: Freiheitsehnend — Wille — vollkommenen Unabhängigkeit.

Aber über diese Sehnsucht hin ist ihre Tat doch das große Gültigsein. Durch ihre Tat sind sie immerwährender Aufbau — nur immerwährendes Opfer.

Und abends ist die Großstadt ein funkelndes Feuerwerk.

Ein Feuerwerk, in dem die Hunderttausende, die aus den Arbeitsstätten heimkehren, der schwarzbraune Qualm sind.

Ich sehe keine Sterne über mir. Sterne sind um mich. Ich fahre mit meinem glasklirrenden Wagen durch goldene und silberne Sternregionen hin.

Ich bin wie ein rastloser Komet, der sausend die Unendlichkeit überbrückt.

Meine Seele fühlt manchmal einen warmen Liebeshauch — Maiblütenduft.

Ob das wohl das Gedenken meiner blaublonden Geliebten an mich ist?

Und wenn?

Ja, was wäre dann?

Dann wäre das Leben kein Zirkusdienst!

Aus der soeben bei Lothar Joachim, Leipzig, erschienenen Sammlung: „Großstadt".

Landesbibliothek Oldenburg